

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 jeils ober deren Raum 40 Pf., für
 Reklam- und Veranlagungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anstalts-Verleger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 16. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Es sind noch nicht 50 Jahre verflossen, seit ein junger schlesischer Arzt, Dr. Vrethmer, zuerst den Satz aussprach: „Die Schwindsucht ist heilbar!“ und auf seinem Besitztum Göttersdorf an zahlreichen genesenen Kranken den Beweis für die Richtigkeit seiner Lehre erbrachte. Vrethmer zeigte, daß der größte Teil der Schwindsüchtigen wiederhergestellt werden können, wenn sie frühzeitig aus den Anstrengungen und Sorgen des Berufs herausgerissen, in eine gesunde reine Gebirgsluft gebracht und dort gut ernährt würden. Von da an eigentlich datiert die sogenannte Klimatotherapie, d. h. die systematische Behandlung der Kranken vermittlest Ueberführung in ein reinen Athmungsorganen zuträgliches Klima. Man sandte die Lungensüchtigen nach Montreux, an die Riviera, nach Egypten, Madeira, in die geschlossenen Heilanstalten in Göttersdorf, im Tannus, in der Schweiz; man schickte sie in Höhenluftkurorte, in Tannenwälder, an die Nordsee — und zehntausende von Kranken wurden ihrer Familie, ihrem Beruf und der Gesellschaft wiedergegeben. Aber freilich — nur die Angehörigen der besitzenden Klassen waren in der Lage, die großen Ausgaben, die ein öfter wiederholter monatelanger Aufenthalt im Süden, in einer Heilanstalt, das Aufgeben des Berufes mit sich brachte, erschwungen zu können. Gerade die Bevölkerungsschicht, in der die Tuberkulose ihre meisten Opfer fordert, war von vornherein von den Segnungen einer frühzeitig beginnenden systematischen Klimatotherapie ausgeschlossen. Nur wer als Kassenarzt tagtäglich in der Lage gewesen ist, Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den ersten Stadien der Lungenschwindsucht standen oder die eben von einer schweren Attacke genesen waren, wieder als „arbeitsfähig“ in die Fabrik senden zu müssen — zu müssen; denn wovon sollen sie auf die Dauer leben? — Menschen, die vielleicht durch einen mehrmonatlichen Landaufenthalt dauernd hätten gerettet werden können und die so einem sicheren Untergang entgegengingen, nur der kann ermessen, wie zahlreiche Opfer die fürchterliche Seuche gerade unter dem Proletariat fordert und fordern muß. Die Statistik der verschiedensten Krankenkassen ergibt, daß über fünfzig Prozent aller Todesfälle auf Tuberkulose, speziell auf Lungentuberkulose zurückzuführen sind — bei einzelnen Gewerben — Drechslern, Zigarrenmachern, Kürschnern, Buchbindern, Bergoldern — erreicht die Mortalitätsziffer die ungeheure Höhe von 60, 40 bis 85 pCt. Und wenn man bedenkt, daß die meisten Krankenkassen nur 13 Wochen lang Krankenunterstützung gewähren, viele Schwindsüchtige also, die länger als 13 Wochen krank und infolge dessen nicht mehr unterstützungsberechtigt sind, in dieser Statistik fehlen, so muß man gestehen, daß hier die Statistik eine geradezu ungeheuerliche Thatsache aufdeckt, indem sie die Tuberkulose als den Würgeengel erkennen läßt, der den größten Teil der arbeitenden Bevölkerung erbarmungslos dahinnimmt.

Der hohen Mortalität (Sterblichkeitsziffer) entspricht natürlich auch eine überaus hohe Morbiditäts- (Erkrankungs-) Ziffer; und es ist klar, daß Krankenkassen und Invaliditätsanstalten materiell gerade durch die Schwindsüchtigen außerordentlich stark in Anspruch genommen werden. Ausgaben von 1000 bis 2000 M. für ein einziges lungenkrankes Mitglied im Laufe von zwei bis drei Jahren sind gar keine Seltenheiten — hat doch die Berliner Ortskasse der Goldschmiede, die nur 1761 Mitglieder zählt, in wenigen Jahren 27 000 M. für die Unterstützung lungenkranker Mitglieder aufgewendet. Aber gerade hier ließ sich wirksam der Fehel angehen: indem man an den Selbsthaltungstriebe der Krankenkassen appellirte und gleichzeitig die aufgeschwulsteten Millionen der Invaliditätsanstalten flüssig machte, müßte es gelingen, den Kampf mit der Tuberkulose aufzunehmen. Daß weder südliches Klima noch Gebirgsluft unbedingt notwendig sei zur Erzielung von Heilerfolgen, hatten zahlreiche Erfahrungen an Kranken gelehrt, die nur durch die Verlegung in die staubfreie Atmosphäre eines Dorfes, eines Forsthauses, durch Miltch und Ruhe wieder genesen waren — und die Resultate, die man in den sogenannten „Lungenheilstätten“, Anstalten, die schon einfacheren Ansprüchen an die Lebenshaltung genügt, erzielt hatte, ermunterten zu weiterem Vorgehen. Aber es fehlte eben am wichtigsten, am Gelde. Da zeigte Gebhard, der Direktor der Lübecker Invaliditätsanstalt, daß der § 12 des Invaliditätsgesetzes, welcher den Invaliditätsanstalten die Möglichkeit gewährt, bei Kranken, welche keinen Anspruch mehr an die Unterstützung seitens ihrer Krankenkasse haben, auf eigene Kosten ein Heilverfahren einzuleiten, damit den Anstalten die Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose in der Form von Lungenheilstätten an die Hand giebt. Dieser Hinweis genügte, um allenthalben in Deutschland eine kräftige Agitation zu gunsten der Gründung von Lungenheilstätten anzuregen und die Zahl dieser Anstalten ist in allen Theilen des Reiches in erfreulichem Wachsthum begriffen.

Besonders ungünstig lagen die Verhältnisse in Berlin mit seinen komplizierten Kassenverhältnissen. Es ist das Verdienst eines jungen Arztes, des Dr. A. Friedeberg, die zahlreichen, seit Jahren in beständigem Gange miteinander lebenden Krankenkassen der verschiedensten Gattungen zum ersten Male mit starker Hand zu einem guten Werke geeinigt und zu einer „Zentralkommission der Krankenkassen in Berlin“ zusammengeschweift zu haben. In den zwei Jahren ihres Bestehens hat diese Kommission in der Sache der Tuberkulosebekämpfung vorzügliches geleistet und ist für die gesammten Krankenkassen Deutschlands vorbildlich geworden. Ihren Bemühungen ist es vor allem zu danken, daß die reiche Invaliditätsanstalt Berlin sich zur Gründung einer großen neuen Heilstätte (in Belgien) entschloß, welche im nächsten Jahre voraussichtlich eröffnet werden wird. Ihre Hauptverdienste aber liegen in der regen

Agitation, die sie unter der Berliner Arbeiterschaft und Ärzteschaft gleichzeitig entfaltete und in der freien eindringlichen Kritik der zahlreichen schweren Mängel, die heute noch dem Heilstättenwesen anhaften.

Der umständliche Aufnahmemodus, der dazu führt, daß Kranke erst Wochen und Monate nach Eingang des Antrages in die Anstalt aufgenommen werden, ist einer der Hauptfehler des jetzigen Verfahrens. Ist es doch vorgelommen, daß Kranke dreiviertel Jahre auf die Aufnahme haben warten müssen; viele Kranke waren längst verstorben, bevor die Aufnahme bewilligt war. Platzmangel ist natürlich einer der Hauptgründe der Verschleppung; aber auch bürokratischer Schematismus sündigt hierbei viel.

Die Kommission hat ferner eine Schwindsuchtsstatistik in den Berliner Krankenkassen angeregt, sehr brauchbare Antragsformulare für die Ueberweisung Kranker in die Heilstätten angeben und es neuerdings durchgesetzt, daß das Berliner Institut für Infektionskrankheiten tuberkuloseverdächtigen Auswurf der Berliner Krankenkassen-Mitglieder, welcher dem Institut seitens des Kassenarztes zugefandt wird, wemöglich auf Tuberkelbazillen untersucht. Jetzt tritt nun die Zentralkommission mit einer kleinen Broschüre: „Deutschschrift der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und Umgegend, unterbreitet dem Reichs-Versicherungsamt zu Berlin“ an die Öffentlichkeit. Die Deutschschrift führt den Titel „Zur Schwindsuchtsbekämpfung“. Die Hauptpunkte, die in dieser Deutschschrift erörtert werden, sind folgende:

1. Der § 12 des Invaliditätsgesetzes in seinem heutigen Wortlaut gestattet eine Uebernahme der Behandlung durch die Versicherungsanstalten erst, nachdem der Anspruch der Kranken an die Kasse erschöpft ist. Dann aber ist es in den meisten Fällen von Tuberkulose schon zu spät; Erfolge, dauernde Erfolge lassen sich nur in den ersten Stadien der Schwindsucht erzielen. Nur nehmen ja manche Anstalten in Umgehung des Wortlauts des Gesetzes schon heute Kranke im Anfangsstadium des Leidens, die also noch Anspruch an die Krankenkasse haben, auf — aber es bedürfte einer gesetzlichen Aenderung des § 12, um den Heilstätten eine dauernde, gesicherte Grundlage zu geben.

2. Ein Haupthinderniß für die gute Wirkung der Heilstätten beruht ferner darin, daß die meisten Kranken vor dem Betreten der Anstalt verlassen, da die Sorge um die darbenende Familie sie vorzeitig heimtreibt. Um diesen Uebelstand abzuheben, haben auf Vorschlag der Zentralkommission die Berliner Krankenkassen sich bereit erklärt, der Familie des Kranken entsprechend der Dauer der Kur das Krankengeld zu zahlen. Diese glückliche Lösung der Frage, welche in Berlin sehr gute Resultate erzielt hat, schlägt nun die Kommission als allgemein gültigen Modus vor: Danach tragen die Versicherungsanstalten die ganzen Kosten des Heilverfahrens, während die Krankenkassen die Angehörigen unterstützen. Dieser Vorschlag ist um so bedeutsamer, als man bisher zur Unterstützung der Angehörigen ausschließlich wohlthätige Vereine, Stiftungen etc. heranziehen wollen — ganz das gleiche unwürdige und unzureichende Verfahren, wie man es gegenüber den Angehörigen der in Reprozierer untergebrachten Leprakranken anwendet.

3. Es wird nun aber auch häufig der Fall sein, daß die Kur in der Heilstätte länger als die Verpflichtung der Krankenkasse zur Unterstützung dauert — auch für diese Fälle wird es nöthig sein, die Familienangehörigen noch weiter hin zu unterstützen. Wenn die Kommission für diese Fälle die Hilfe des Staates anruft und darauf hinweist, daß die preussische Regierung nur zum Zwecke der Germanisirung der östlichen Provinzen 200 Millionen bereit gehabt habe, so scheint dieser Hinweis ganz besonders glücklich.

4. Die Kommission macht dann noch eine Reihe von Vorschlägen, die eine bessere Organisation des gesammten Heilstättenwesens und die hygienische Erziehung der Kranken bezwecken: So sollen überall Kommissionen gebildet werden, die aus Vorstandsmitgliedern der verschiedenen Kassen, ärztlichen Besitzern und Mitgliedern der Ausschüsse der Versicherungsanstalten zusammengesetzt sein müßten. Es sollen seitens der Kassenärzte in den Mitgliederversammlungen der Krankenkassen, seitens der Anstaltsärzte in den Heilstätten selbst aufklärende hygienische Vorträge gehalten werden; das Reichs-Versicherungsamt soll eine populäre Schrift veröffentlichen, die den Arbeitern die Gefahren der Tuberkulose, und die Mittel, sie zu verhüten, darstellt. Ueberall sollen wie in Berlin die Untersuchungen des Auswurfs in staatlichen Anstalten unentgeltlich ausgeführt werden, die Kassenärzte zu den Ausnahme-Untersuchungen zugezogen werden. Vor allem soll eine ständige organische Verbindung der Kommissionen mit den Gewerbe-Inspektionen herbeigeführt werden, um dadurch einen rechtzeitigen Hinweis auf besonders gefährdete Betriebe und Werkstätten und eine wirksame Prophylaxe (Krankheitsverhütung) in den Arbeitsstätten selbst anzubahnen.

Das ungefähr sind die Vorschläge, die die Kommission in ihrer Deutschschrift dem Reichs-Versicherungsamt unterbreitet hat und welche ihr rühriger ärztlicher Berater vor kurzem mit großem Geschick auf der Verammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Düsseldorf sowie auf dem Kongreß der Kassenbeamten, der im September d. J. in Bismar tagte, vertreten hat. Wie man sieht, ist der Wunschzettel der Kommission ein recht großer, und die Vorschläge, die sie macht, sind für eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose von weittragender Bedeutung. Die Hauptsache ist und bleibt, daß zahlreiche neue gut dotierte Heilstätten gebaut werden; wenn man bedenkt, daß im Jahre 1893 in Deutschland 90 800 Personen im Alter von 15—60 Jahren an Tuberkulose gestorben sind und daß im Jahre 1897 im ganzen erst 4432 Personen in Heilstätten Aufnahme fanden (wobei die

Gauische Versicherungsanstalt mit	816
Berlin mit	100
Rheinproving mit	114
Elb-Lothringen mit	5

betheiligt sind), so kann man ermessen, wieviel noch zu leisten ist; ja man kann fast daran zweifeln, ob es gelingen wird, der ungeheuren Aufgabe Herr zu werden. Es ist vielleicht an dieser Stelle überhaupt angebracht, vor allzu weit gehenden Erwartungen zu warnen. So viel auch die Heilstätten leisten werden, ganz werden sie die Tuberkulose nie ausrotten können. Es wird stets Fälle geben, die so rapide und bössartig verlaufen, daß, so früh auch die Hilfe kommt, sie immer noch zu spät erscheint, Fälle ferner, wo die Leidenden in den Heilstätten zwar erheblich gebessert werden, aber bei der Rückkehr in den Beruf immer von neuem erkranken, andere Fälle, bei denen die häusliche Misere, der geringe Verdienst, Arbeitslosigkeit und Noth das im Laufe von Monaten mühsam Erungene in kurzer Zeit wieder zu nichte machen.

Auch mit der Thorheit, dem Unverständnis, dem Vorurtheil, der Trunksucht wird man zu rechnen haben, — und doch trotz alledem wird ein Erfolg nicht ausbleiben. Vor allem wird man eines erreichen — die Erziehung der Kranken zu einer vernünftigen gesundheitsgemäßen Lebenshaltung. Sie werden durch Beispiel, Gewohnheit und Unterricht die Bedeutung der Reinlichkeit und Körperpflege kennen lernen, sie werden lernen, mit ihrem Auswurf vorsichtig umzugehen und dadurch ihre Familie vor der sonst fast unausbleiblichen Ansteckung zu schützen.

Und wenn wir von allen diesen Zielen heute auch noch weit entfernt sind, ein Anfang ist gemacht, und es ist besonders erfreulich, daß gerade die Berliner Krankenkassen mit so gutem Beispiele vorgegangen sind.

Für die fernere Entwicklung des Krankenkassenwesens in Deutschland scheint uns die Gründung und die Thätigkeit der Berliner Zentralkommission von günstiger Vorbedeutung; deutet sie doch darauf hin, daß das Institut der Krankenkassen, vom Gesetzgeber einfach als eine Versicherung für den Krankheitsfall gedacht, durch die Logik der Thatsachen dazu gedrängt wird, zu einem Organ der öffentlichen Gesundheitspflege zu werden, welches die Krankheitsverhütung mit in den Bereich seiner Aufgaben einbezieht und durch die Verbindung mit der Gewerbe-Inspektion ein mächtiger Faktor nicht nur der öffentlichen Hygiene, sondern der öffentlichen Wohlfahrt überhaupt zu werden bestimmt ist. Das gilt nicht nur für die Tuberkulose, nicht nur für die zahlreichen Gewerbekrankheiten, für welche dieser Zusammenhang besonders nöthig ist, sondern fast für das ganze Gebiet der Medizin. Haben wir doch wiederholt an anderen Stellen ausgeführt, daß auch bei der Bekämpfung der venereischen Krankheiten die Krankenkassen eine ausschlaggebende Rolle zu spielen bestimmt sind und daß ohne ihre Mitwirkung eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Krankheiten — in Deutschland wenigstens — kaum durchführbar sein wird. Und diese Aufgabe sollten die Arbeiter nicht den Kassenbeamten, die heute schon mit allzu vielen Arbeiten überlastet sind, allein überlassen; sie sollten sich nicht damit begnügen, allwöchentlich ihre Kassenbeiträge zu zahlen und im übrigen die Kassenangelegenheiten völlig zu ignorieren. Vielmehr sollten sie die Kassenversammlungen zu Vereinigungen umgestalten, bei denen die hygienischen Verhältnisse ihres Gewerbes und einzelner Betriebe besprochen werden, sie sollten hin und wieder hygienische Vorträge ihrer Kassenärzte mit anhören und dabei Gelegenheit bekommen, sich über die Elemente der Gesundheits- und Körperpflege zu belehren. Und ferner sollten sie sich selbst betheiligen an den zahlreichen hygienischen Aufgaben, die man sicher an die Krankenkassen herantreten würde und an deren Lösung niemand ein so großes Interesse hat als die Arbeiter selbst. Haben doch f. B. die Leistungen der Berliner Arbeitersankassen-Kommission gezeigt, daß es unter der Arbeiterschaft nicht an Elementen fehlt, die Interesse, guten Willen, Geschick und Verständnis für die Mitarbeit an hygienischen Fragen besitzen.

Die Berliner Zentralkommission aber können wir zu ihrem erfolgreichen Debut nur beglückwünschen — möge sie auf diesem Wege fortfahren, so wird sie noch vieles Gute stiften und eine wichtige Rolle in der Fortentwicklung der deutschen Arbeiterschaft zu spielen berufen sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober.

„Anarchistisches“. In Alexandria (Egypten), wohin der deutsche Kaiser auf der Durchreise nach Palästina zu kommen hat, sind neun „Anarchisten“, die einige Bomben besessen haben sollen, auf Veranlassung des italienischen Konsuls verhaftet worden. Daraus macht die Politikalphantasie, verbunden mit geschäftlicher Sensations-Kellame, ein „vereihtes Attentat“ auf den deutschen Kaiser“. Die Nachricht klingt sehr verdächtig. Erstens giebt es — und zwar in hohen Kreisen, namentlich des Auslandes — verschiedene Leute und Parteien, welche die Palästina-Reise des deutschen Kaisers nicht gern sehen, und, um abzuschrecken, allerhand Gefahren an die Wand malen. Sprach man doch schon von Aufständen im Orient, ja von einem plötzlich ausbrechenden Krieg, dem der kreuzfahrende Kaiser sammt seinem begleitenden Staatssekretär zum Opfer fallen könne. Da ist ein „anarchistisches Attentat“ doch leichter zu haben — wir meinen auf dem Papier, das ja mit den Deutschen die Eigenschaft sprichwörtlicher Geduld theilt. Und „Anarchisten“ brauchen ja nicht echt zu sein. In der Schweiz, wo man mit der Waare am reichlichsten versehen ist,

hat man entdeckt, daß viel falsche Waare mit unterläuft, und daß die anscheinend edelsten „Anarchisten“ Polizeispigel waren — und zwar italienische. In Italien, das durch die Unfähigkeit seiner Regierung die Hauptplazstätte des internationalen „Anarchismus“ geworden ist, steht auch der Polizei-Anarchismus & la Andrieux in üppigster Blüte. Und der Polizei-Anarchismus hantirt befehlsmäßig stets mit „Bomben“.

Auch in Alexandria sind es „italienische Anarchisten“, welche das „Attentat“ auf den deutschen Kaiser geplant haben sollen. Das „italienische“ klingt hier doppelt verdächtig, weil gar kein Grund ersichtlich ist, warum ein Italiener einen besonderen Haß gegen den nach Palästina pilgernden Monarchen eines fremden Staates haben sollte. Freilich auch Duchenin ist ein Italiener und hat eine Kaiserin aus deutschem Geblüt ermordet. Allein kein vernünftiger und ehrlicher Mensch glaubt, daß die Ermordung der österreichischen Kaiserin eine politische That und etwas anderes als eine Bahnsinnthat war. Und — wer kann Bahnsinnthaten verhindern, wenn man nicht präventiv die eine Hälfte der Menschheit ins Narren- und die andere ins Zuchthaus schicken will? Noch einmal, die „italienischen Anarchisten“ von Alexandria sind verdächtige Gesellen. Und sie werden um so verdächtiger, als Alexandrien, ähnlich wieairo, notorisch ein internationales Spitzelnest ist, in welchem russische, französische, deutsche und englische Polizei ihr herrenabbathliches Wesen treibt. Insbesondere hat der bekannte internationale Spitzel Melville von London notorisch Beziehungen zu den ägyptischen Polizeispigel-Neziern. Und wenn wir bedenken, daß die internationale Reaktion Stoff zu Proskriptionsgesetzen braucht, und wenn wir endlich bedenken, daß die sensationellste Polizei über das angebliche „Attentat auf den deutschen Kaiser“ in dem Londoner „Standard“ steht, das heißt dem Blatte, welches dem internationalen Spitzel Melville wiederholt zum Organ gedient hat, so erscheinen „die italienischen Anarchisten“ von Alexandria noch mehr als verdächtig. Die „Mache“ ist zu offenbar. —

Die Lage in Paris. Man ist auch heute nicht im Stande, die Bedeutung der Gerüchte über das Militärkomplott, von dem ganz Paris spricht, genau abzuwägen. Freilich spricht weit mehr für ihre Richtigkeit im wesentlichen als für das Gegenteil. Während die radikale und sozialistische Presse fast ausnahmslos ihre Meldungen über das hochverrätherische Komplott des Generalstabs aufrecht erhält, lassen es die Dementis der verschiedenen Ministerien an Entschiedenheit, Uebereinstimmung und offiziellem Charakter fehlen, zum wenigsten sie sich bloß auf Interdiums, und entbehren somit des verbindlichen Charakters für die Regierung.

Clemenceau's Blatt „Aurore“ behauptet, die Regierung habe von zehn verschiedenen Seiten Warnungen betreffend das Komplott erhalten, an denen fünf Generale, die Patrioten, und die Antisemiten-Liga theilhaftig seien. Das Blatt droht, wenn gerichtlich nicht vorgegangen werde, seine Zeugen zu nennen. Die Regierung besitze triftige Beweise und glaubwürdige Zeugenaussagen. Die Zeitung „Petit bleu“ erzählt gerichtlich, gewisse Generale hielten drei Tage vor der Versammlung im Saale Bagram ein Konventikel ab, sandten Delegirte zum Prinzen Victor Napoleon und wandten sich, als dieser sich schwanzend zeigte, nach anderer Seite, wohl an den Prinzen Louis Napoleon, der an der schweizerischen Grenze den Gang der Ereignisse abwartet.

Von anderer Seite wird die Sache möglichst harmlos hingestellt und gesagt, daß einige Offiziere des Generalstabes in Privatbriefen und Privatgesprächen wohl ihrer Unzufriedenheit über die Angriffe der radikalen Presse Ausdruck gegeben hätten, an ein Komplott habe aber niemand gedacht.

Andere Kreise wiederum wollen glauben machen, daß die Gerüchte von den sozialistischen Blättern verbreitet würden, um die Zurückziehung der Truppen aus Paris herbeizuführen, deren Anwesenheit ein Hinderniß für den allgemeinen Ausstand bildete; man fügt hinzu, die Dreyfus-Blätter hätten in der Besorgung, die in der Affäre kompromittirten Generale könnten einen verzweifelten Entschluß ausführen, für die Zukunft ein Komplott unmöglich machen wollen, indem sie ein imaginäres Komplott anzeigen.

Mag dem sein, wie dem wolle, jedenfalls ist sicher, daß eine ganze Reihe Generalstabs-Offiziere durch die Dreyfus-Affäre direkt kompromittirt ist, während ein anderer Theil zu den Dupirten gehört. Es liegt allerdings nahe, daß in jenen Kreisen Staatsstreichgeilste vorhanden sind. Ein offizielles Dementi seitens der Regierung ist noch nicht erfolgt.

Der Streik der Eisenbahn-Arbeiter soll, wie im Ministerrath vom Sonnabend der Ministerpräsident Brisson mittheilte, als beendet zu betrachten sein. Die Versuche, einen allgemeinen Ausstand der Eisenbahn-Arbeiter herbeizuführen, seien gescheitert. — Diese Nachricht hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, da das Syndikat der Maschinenisten und Peizer sich gegen den Anschluß an den Ausstand ausgesprochen hatte.

Zur Affäre Dreyfus liegt heute die folgende Meldung vor: Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner heute Vormittag abgehaltenen Sitzung auch mit der Angelegenheit des Obersten Picquart, der noch immer in enger Haft gehalten wird und der den Kompetenzkonflikt zwischen der Zivil- und Militärjustiz erhoben hat. Es existirt keine Gesegesseile und keine Präzedenz für diesen Fall. Der Justizminister Sarrien und der Unterstaatssekretär im Ministerium des Inneren Vallé werden unter Zuziehung von Direktoren im Justizministerium die Angelegenheit weiter prüfen.

Englischer und deutscher Wettbewerb. Ueber die Mängel der britischen Abfahrorganisation gegenüber der Konkurrenz besonders Deutschlands und Amerika's hat soeben das Londoner Handelsamt eine neue Denkschrift veröffentlicht, die kein geringeres Aufsehen erregt, wie seinerzeit die Zusammenstellung Chamberlain's über die Gefährdung des englischen Uebergewichtes in den englischen Kolonten.

Nicht weniger wie 116 Konsularvertreter und diplomatische Beamte haben aus allen Theilen der Erde Berichte geliefert; fast ohne Ausnahme klagen sie über eine gewisse Rückständigkeit und Lässigkeit des englischen Händlers. „Er läßt sich in Ländern verdrängen, in denen er einst ohne Rivalen war; zu neuen Märkten weiß er schwer Eingang zu finden; er leidet im Kampf ums Dasein, nicht weil andere Nationen ihm an Unternehmungsgestalt allmählig gleichkommen, sondern weil sie ständig fortschreiten, während er stehen bleibt oder gar zurückgeht.“ So sagt die „Times“ die Urtheile zusammen.

Vielfach wird die englische Waare auch heute noch als die bessere und dauerhaftere bezeichnet. Aber die Käufer in rückständigeren Wirtschaftskreisläufen verlangen oft der Billigkeit wegen die geringere Qualität, sie verlangen ferner längeren Kredit, um die Waare unterdeß im Wiederverkauf selbst erst in

Geld umsetzen zu können. Auf alle diese Wünsche läßt sich der, durch sein altes Handels-Monopol verwöhnte Engländer selten ein, während die „in de siebels-Kaufleute“ Hamburg, Bremen und Antwerpen den Preis und die Form der Bezahlung der Kaufkraft der fremden Bevölkerung anzupassen verstehen. Der Deutsche nimmt die kleinsten Aufträge entgegen, er regelt die Verpackung und Ausstattung der Waare nach dem Geschmack des Abnehmers, er berechnet nicht im europäischen Gelde und nach Preisen europäischer Häfen, sondern übernimmt Fracht, Versicherung, Zoll und Ablieferung bis zum Abfahrort und ermöglicht so seinem weniger erfahrenen Kunden eine sichere Preisberechnung in seiner gewohnten Währung. Ein Konsul erklärt, „die wesentlichste Ursache des Erfolges der fremden Konkurrenz sei die größere Rührigkeit auf den Deuteln, den Geschäften und die geschäftliche Bequemlichkeit des Kunden“. Das Auffuchen von Bestellungen durch Reisende sei seitens Englands viel zu wenig entwickelt; oft bestreife der Reisende die Sprache des fremden Landes nicht. Nach Rußland schicke man z. B. Kataloge in englischer Sprache und mit englischen Preisangaben. „Da gewöhnlich sogar das Gewicht der Waare nicht bezeichnet ist, so kann der etwa kaufslustige nicht einmal den Zoll berechnen, den ihm die Waare noch zu stehen kommen würde... solche Preislisten sind ganz nutzlos“. Der Konsul von Neapel schreibt: „Es ist jämmerlich, den britischen Geschäftsreisenden mit einem Dolmetscher herumlaufen zu sehen, während sein deutscher Nebenbuhler sich fliegend unterhält; und man wird noch bedenkllicher, wenn seine Käufersammlung mit englischem Gewicht und Preis bezeichnet ist“.

Wir möchten nicht alle diese immer wiederholten Klagen unbesehen unterschreiben. Auf jeden Fall zeigen sie jedoch, daß Deutschland ebenso wie Amerika sich einen angesehenen Platz auf dem Weltmarkt aller Erdtheile errungen haben. —

Deutsches Reich.

Die Protektoratsfrage. Auch England stellt sich in dem Konflikt zwischen der preussischen Regierung und dem Vatikan auf die preussische Seite. Die „Times“ schreiben: Es ist vollkommen klar, daß in dem Augenblick, wo irgend ein souveräner Staat es für angemessen hält, seine eigenen Katholiken im Orient zu schützen, er dies als etwas Selbstverständliches thun wird. Dieses Recht kann unmöglich bestritten werden, und Frankreich hat keine Befugnis, dem deutschen Konsul in einer syrischen Stadt zu verbieten, daß er seinen Einfluß zu gunsten eines katholischen deutschen Missionars ausübt. —

Die agrarischen Mittelstandskreiser sind zwar grimmige Feinde der Arbeiter-Genossenschaften, vor allem der Konsumvereine; für sich selber behalten sie sich jedoch die Gründung aller möglichen Einkaufs- und Verkaufs- und Produktionsvereinigungen vor. Man kann sogar behaupten, daß die Landwirtschaft allmählig zur Hauptträgerin der Genossenschaftsbewegung in Deutschland geworden ist. Müller, Bäcker, Schlächter, Getreide-, Butter-, Dünge- und Futtermittelhändler haben sich oft genug über die ihnen bereitete agrarische Konkurrenz beklagt, die noch dazu von Staatswegen künstlich gefördert und unterstützt wird, während man die Arbeitervereinigungen nach Möglichkeit zu stranguliren sucht.

Auf dem deutsch-sozialen Parteitag in der antisemitischen Reibbürgerliche Kreise über den agrarischen Bundesgenossen offen zum Ausdruck. Abg. Dr. Bielhaber soll geäußert haben, die Interessen des Mittelstandes würden namentlich in den Großstädten durch den „Bund der Landwirthe“ vielfach verletzt. Ein anderer Delegirter meinte: Der „Bund der Landwirthe“ habe für das Handwerk nichts übrig und verlege durch Schlächtere- und Molkerei-Genossenschaften dessen Interesse.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über diese Kritik der politischen Zweideutigkeit und Unrichtigkeit des Bundes höchlichst entsetzt: so wie Dr. Bielhaber löms nur „der Rechtsvertreter der Hamburger Schlächter“ sprechen; sie verlange Beweise, daß jemals von agrarischer Seite die Genossenschaftskonkurrenz gegenüber den kleinen Gewerbetreibenden und Händlern gefördert worden sei.

Wenige Wochen nach den „Kreuz-“ Zeitungs-Artikeln über die Sucheraufschlüsse der Bäcker ist diese Ableugnung etwas dreist. In dem „Deutsche Tageszeitung“ die „Kreuz-“ Zeitung“ auf dem Felde der agrarischen Agitation nicht für ebendürftig halten. Aber schrieb nicht die „Deutsche Tageszeitung“ selber im September 1897:

„Es wird sich nicht betreiben lassen, daß einzelne Gewerbe, und darunter gerade vornehmlich das Bäcker- und Molkereigewerbe, im Stande sind, ihre Ruchtheit in hohem Grade willkürlich zu behandeln und zu verewaltigen. Darum ist es gut, daß das brotvergebende Volk die Waffe der Genossenschaftsbildung stets in Bereitschaft habe. Diese Waffe muß, wie der Alte vom Sachsewalde sagt, stets auf dem Feindboden liegen.“

Gegen den Beschluß des landwirtschaftlichen Genossenschafts-Verbandstages: die Errichtung von Bäckerei- und Molkereigenossenschaften „nur zu empfehlen“, hat das Bündlerorgan allerdings einige schäudernde und nichtsagende Worte der Warnung gefunden. Es wird jedoch nicht bestritten wollen, daß die Mehrheit, die gegen drei (!) Stimmen die Resolution nach Dresden annahm, zu einem guten Theil aus wackelnden Bundesbrüdern bestand. Der Doppelspiel hat die „Deutsche Tageszeitung“ dann systematisch fortgesetzt, indem sie die Anpreisungen der Genossenschaften — in dem „Centralblatt“ pflegte. So fordert ein Herr Obl. Domäne Raffael (Oberböhmen) die Landwirthe auf, durch kooperative Molkereien und Bäckereien „ihre produktiven Getreide in Form von Mehl und Brot den Konsumenten direkt zuzuführen.“ Ein Herr Wlod-Goch (Rheinland) kämpft ebenfalls für die Verwirklichung dieser wahrhaft guten Idee, trotz der „nicht zu unterschätzender Gegenagitation, die naturgemäß seitens der Molkerei- und Bäckereigewerke in Fluß gesetzt wird“. Für die „Brotkrumen“ des großen Agrarierhaupteingangs Ding-Düppel — eine genossenschaftliche Bäckerei und weiter nichts — tritt das Bündlerorgan sogar redaktionell ein: während der Bäcker in dertiger Gegend 10 1/2 Pf. für das Pfund Brot nehme, liefert die Klasse mit 7 1/2 Pf.

Diese Beispiele ließen sich nach Belieben vermehren. Wir führen sie natürlich nicht an, um irgendwem den Landwirthen das Recht zu bestritten, ihre Produkte so zu verwerthen und zu verarbeiten und ihre Einkäufe so zu erledigen, wie es ihnen am vortheilhaftesten scheint — wie beanpruchten lediglich das gleiche Recht auch für die Arbeiter. Wir haben diese Thatsachen nur festgestellt, um durch sie die strubellöse Demagogie der agrarischen Mittelstandskreiser zu lenigen. Man demündigt öffentlich die Beamten- und Arbeitergenossenschaften und gründet heimlich Unternehmungen, welche dem Mittelstand mindestens ebenso schwer schädigen, um dessen Stimmen man bei den Wahlen bußt. Versicherten sich die Kleinbürger über diese Nachführung, so leugnet man ruhig alles ab und erklärt alle „Vorwürfe für ebenso haltlos wie unbegründet“. Wie lange wird man dieses Spiel noch treiben können? —

Die Fleischkonkurrenz existirt nicht nur in den großen Industrie-stätten, sondern auch auf dem platten Lande. Aus Seelen a. S. wird uns geschrieben: Die Behauptung der agrarischen Presse, daß eine Fleischhändlerkonkurrenz nicht vorhanden, eine solche höchstens künstlich durch Großhändler und Fleischer hervorgerufen sei, trifft für unsere Gegend nicht zu. Trotzdem wir auf dem Lande leben, wo angeblich kein Schweinemangel existiren soll, müssen wir schon fast einziger Zeit solche Preise für Schweinefleisch zahlen, daß sich manche Familie befinnt, Fleisch zu kochen. Seit Anfang dieses Jahres beträgt der Aufschlag 20 bis

30 Pf. pro Pfund. Wir zahlten 40—50 Pf. früher, 60—80 Pf. jetzt. Dabei ist das Fleisch in der Qualität geringer geworden. Wer könnte nun annehmen, der Mangel an Schweinefleisch sei darauf zurückzuführen, daß die Schlächter von Braunschweig alles vorhandene Schlachtvieh aufkaufen. Demgegenüber muß jedoch konstatiert werden, daß die Braunschweiger Schlächter nie in unserer Gegend einkaufen. Trotzdem können die paar hiesigen Schlächter nicht das nötige Schlachtvieh aufreiben. Wurft ist so knapp, daß die Schlächter alsbald ausverkauft sind und die Käufer manches Mal keine frische Wurst bekommen können. Manche Familien haben übrigens für den Winter sich ein Schwein großgefüttert. Aber auch hier ist dieses Jahr im Gegensatz zu früher ein Mißschlag in der Zahl der Familien eingetreten, die sich ein solches leisten können. Nicht nur hier, sondern in der ganzen Umgebung wird über die theuren Fleischpreise Klage geführt. Was eine solche Vertheuerung des Schweinefleisches für die arbeitende Bevölkerung andeutet, das geht daraus hervor, daß man in der einzelnen Familie in der Woche nicht wohl mehr als ein bis höchstens zweimal Fleisch essen kann. Eine Vertheuerung des Preises beschränkt den an und für sich schon minimalen Fleischgenuß. Bemerkenswert ist noch, daß eine Reihe von Familien sich in letzter Zeit eine Kaninchenzucht zugelegt haben, um an stelle des winterlichen Schweinefleisches wenigstens Kaninchenfleisch treuen zu lassen. So sieht es bei uns auf dem Lande aus. —

Mittelstandsbewegung. Der sächsische Maschinenverband hat in seiner kürzlich stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, bei der Regierung bezug. Bundesrat die Einführung einer stoffelartigen Umjastener für Getreidemühlen unter Aufhebung etwa bestehender Gewerbesteuern anzuregen. —

Das Oberböhmen wird uns geschrieben: Bei den letzten Reichstagswahlen ist es hier vielfach vorgekommen, daß Wahlvorsteher, entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes, nur solche Wähler im Wahllokal dulden wollten, die im Wahlbezirk selbst wohnen. Ein solcher Fall geschah u. a. auch in Schweidnitz. Hier ließ sich aber ein Wähler nicht so ohne weiteres sein Recht streitig machen, derselbe wies vielmehr den Wahlvorsteher auf das Wahlgesetz hin. Doch ohne Erfolg. Der Wahlvorsteher ließ Polizei holen und so mußte sich der Wähler wohl oder übel entfernen. Eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs ist bis jetzt aber nicht erfolgt. Um die für die Allgemeinheit aber sehr wichtige Frage dennoch zum Austrag zu bringen, hat der Wähler gegen den betreffenden Wahlvorsteher, einen Oberst v. D. Otto, Strafantrag wegen Nötigung gestellt. Der Staatsanwalt hat die Anzeige aber der Militärbehörde überwiesen, da der v. Otto der Militärgerichtsbarkeit unterstehe. — Man darf recht gespannt sein, wie das Militärgericht das Recht der Reichstagswähler wahren wird! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Durch Urtheil der Straßburger Strafkammer vom 8. Oktober 1895 war der ehemalige Völkner der Landeshaupthaus, Josef Blehner aus Mautsmünster, wegen Majestätsbeleidigung in einer größeren Anzahl von Fällen zu einer Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr verurtheilt worden. Blehner soll in zahlreichen anonymen Briefen, die nach dem Gutachten der Sachverständigen von seiner Hand herrührten, Beschimpfungen gegen die Deutschen im allgemeinen und gegen den Kaiser im besonderen geschleudert haben. Nachdem Blehner die gegen das erwähnte Urtheil eingelegte Revision wieder zurückgezogen und seine Strafe theilweise verbüßt hatte, stellte er den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und hatte damit auch Erfolg. In der erneuten Verhandlung wurde der Angeklagte, obwohl einer der geladenen Schriftführer, Landgerichtsrath Altrichter aus Berlin, sein Gutachten dahin abgab, daß die anonymen Briefe mit den inkriminirten Äußerungen nicht von der Hand v. s. herrührten, wiederum für schuldig erklärt und das Urtheil der ersten Verhandlung bestätigt.

Wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen verurtheilt gestern die Breslauer Strafkammer den Arbeiter Christian Kanitz zu 9 Monaten Gefängnis. Während der Verhandlung war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. —

Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den Parteigenossen Schnell in Lüneburg erhoben, als dem Verfasser und Verleger eines Flugblattes, worin zu der Versammlung eingeladen war, die wegen der Zuchthausvorlage abgehalten wurde.

Oesterreich.

Prag, 15. Oktober. Die Polizei verhaftete hier zwei Anarchisten, darunter den aus der Schweiz geflüchteten Pietro Beede, welche ein Attentat geplant haben sollen. — Der hiesige Anarchistenverein „Aurore“ wurde polizeilich aufgelöst und alle vorgefundenen Schriftstücke dem Landgericht eingeliefert. —

Lemberg, 15. Oktober. Aus Tsoffow werden neuerdings antisemitische Unruhen gemeldet. Bauern und Arbeiter haben jüdische Häuser geplündert und mehrere Juden erschlagen. —

Ungarn.

Budapest, 15. Oktober. Die äußerste Linke Gesandte in der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung bei der Einbringung des ungarischen Budgetprovisoriums einen detartigen Lärm, daß die Debatte unmöglich und die Sitzung deshalb auf Montag vertagt wurde. —

Schweiz.

Prozess gegen Zucheni und Genossen. Man schreibt der „Internationalen Korrespondenz“ aus Genf: Die Untersuchung in dem Prozesse gegen den Mörder der Kaiserin von Oesterreich ist beendet. Wenn nichts dazwischen kommt, wird Donnerstag, 8. November, die öffentliche Gerichtsverhandlung beginnen. Der Gerichtshof ist bereits bestellt; er besteht aus dem Vorsitzenden Alfred Burgh und den Beisitzern Racine und Schützli. Die Arbeit, die der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter zu bewältigen hatten, war fast übermenschlich. Aus allen Theilen der Welt kamen täglich Dutzende von Telegrammen, und die internationale Polizei, mit welcher man direkt korrespondirte, überhäufte die Untersuchungsbehörde mit langen Berichten, die brieflich oder telegraphisch beantwortet werden mußten; vor allem nahm die Korrespondenz mit Wien einen ungläublichen Umfang an. Zucheni und seine Vertheilten oder wirklichen Genossen wurden jeden Tag vernommen. So kam es, daß die Hauptakten mächtig anwuchsen; sie bestanden aus 400 Seiten (300 französisch und 100 italienisch geschrieben) und enthalten Berichte aus Paris, Wien, Budapest, Neapel, Parma, Lausanne, Zürich u. s. w. Der Untersuchungsrichter Lecher, dem man vorwarf, daß er dem Mörder zu weitgehende Konfessionen machte, vertheidigt sich, indem er erklärt, daß man bei verschlungenen Worten wie Zucheni durch freundliche Behandlung mehr erreicht als durch harte Mittel. Jetzt darf Zucheni wieder Briefe nach Zeitungen lesen. Briefe, die er schrieb, wurden zuletzt nur abgeschickt, wenn man glaubte, daß sie für den Prozeß von Nutzen sein könnten. Mitangeklagt sind: 1. Marinelli, der den Stiel der Felle anfertigte; 2. Silva oder Salvi, der erklärt haben soll, daß er von der Absicht Zucheni's unterrichtet war, bevor der Mord geschah; 3. Galducci, ein Freund Zucheni's, der die Morthat öffentlich pries, indem er sagte: „Mein Freund Zucheni hat wohl gethan“; 4. Lombardi, der in Lugano verhaftet wurde, nachdem er aus dem Bundesgebiete ausgewiesen war, und 5. Gino, der in Basel verhaftet wurde. Die beiden letztgenannten können wiederum nicht persönlich, aber sie sollen öffentlich die That verheerlicht haben. Trotzdem Zucheni den Weisand eines Anwalts ablehnt, wird ihm dieser Tage doch einer bestimmt werden. —

Genf, 15. Oktober. Da Zucheni sich geweigert hat, einen Vertheidiger zu wählen, so ist der Rechtsanwalt Pierre Morlaud zu seinem offiziellen Rechtsbeistand bestimmt worden. —

England.

London, 13. Oktober. (Eigener Bericht.) In Leicester drohte vorige Woche ein Ausbruch der Bauarbeiter, der sich gegebenenfalls über die ganzen Mittelgraffschaften ausgedehnt hätte. Die dortigen Bauarbeiter verlangten sich nämlich, fernerhin Fenster, Türen u. einzusetzen, die von Nichtgewerkschaftlern angefertigt oder vom Ausland eingeführt seien, worauf die Meister erklärten, das sei gegen einen, vor einiger Zeit mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Vertrag, und wenn die Arbeiter ihr Vorhaben ausführten, so würden sie ihrerseits mit einer allgemeinen Sperre antworten. Die Situation war schon sehr gespannt, als die Generalversammlung des Schreinerverbandes eintrifft und den Streit an Ort und Stelle untersuchte. Sie hat in der Hauptsache für die Prinzipale entschieden und so die Gefahr des Generalstreikes abgewendet. Der Ausschluß importierter Einfuhrstücke würde sich auch kaum haben durchsetzen lassen.

Die Zeitungen hatten die letzten Wochen allerhand Einfendungen von Prinzipalen im Baugewerbe, worin den Arbeitern Unzuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Uebervornahme aller Art vorgeworfen wurde. Es sind auch Dinge festgesetzt worden, die nicht lobenswerth sind. Aber für den Fall, daß die deutsche kapitalistische Presse von ihnen Notiz nimmt, sei bemerkt, daß die Gewerkschaft solche Verträge durchaus nicht unterschreibt, und daß eine ganze Anzahl Prinzipale erklärt haben, sie hätten zu beschweren durchaus keinen Anlaß. Mündige Schiffe gibt es in allen Klassen und allen Verufen, aber es sind fast immer bestimmte Unternehmen, wo sich die Klagen unablässig wiederholen.

Vom 4. bis 7. Oktober tagte in Leeds der Kongreß des Verbandes britischer Eisenbahn-Angestellter. Diese Organisation befindet sich in der glücklichen Lage, von ihrem Fortschritt berichten zu können. Ihre Mitgliederzahl ist auf rund 70 000 gestiegen und ihr Vermögen auf 198 000 Pf. Sterl. angewachsen. Der Jahresbericht konnte ferner eine stattliche Reihe von Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen aufzählen, die durch die Bemühungen des Verbandes erreicht wurden. — nicht ohne erhebliche Opfer, denn verschiedene Eisenbahngesellschaften sind bei Aufbesserungsbewegungen schnell bei der Hand, die Organisatoren und Beamten des Verbandes zu murren.

Der Kongreß beschloß u. a. die Verschmelzung mit der 5000 Mitglieder zählenden Union der Eisenbahn-Arbeiter, welche 1889 gegründet wurde, zu einer Zeit, wo der Verband noch ein sehr aristokratischer Gewerksverein alten Stils war. Seitdem hat aber der Verband seine ganze Verfassung demokratisiert und eine immer energiegeladere Politik beobachtet, so daß er heute eine der vorgerücktesten Gewerkschaften darstellt. Die Union aber ist in der letzten Zeit von einer schnell erreichten Höhe stetig zurückgegangen und hat jede Fähigkeit zu selbständiger Aktion eingebüßt. — Weiter beschloß der Kongreß, thätig dafür einzutreten, daß kein Eisenbahn-Angestellter an Wochentagen mit weniger als 6 Pence pro Stunde entlohnt werde, ferner eine Reduktion der Dienststunden für verschiedene, noch überangelegene Beamtencategorien zu erwirken, und schließlich ward der Beschluß erneuert, den Generalsekretär des Verbandes als Parlaments-Kandidat aufzustellen, mit dem Mandat, sich keiner der bestehenden politischen Parteien anzuschließen, sondern lediglich als unabhängiger Kandidat die Interessen der Eisenbahnangestellten im besonderen und der Arbeiterklasse im allgemeinen wahrzunehmen. Als Wahlkreis ist der Kreis Northham in Yorkshire in Aussicht genommen, der zur Zeit von dem Liberalen Keane vertreten wird. Mr. Keane, der von 1892 bis 1895 Unterrichtsminister war, hat seinen Entschluß kundgegeben, bei der nächsten Wahl nicht wieder zu kandidieren, und es fragt sich nun, ob die dortigen Liberalen auf den Sitz freiwillig verzichten werden. Der Gewerkschaftsrath von Northham hat sich schon verpflichtet, die Kandidatur des Verbandesekretärs der Eisenbahner zu unterstützen.

Es ist dies die erste, von Gewerkschaftlern ernsthaft betriebene unabhängige Arbeiterkandidatur, doch haben noch verschiedene größere Gewerkschaften schon im Prinzip die Aufstellung eigener Kandidaten beschlossen. Bei dieser Gelegenheit sei als Bezeichnung für das hiesige Parteiprogramm erwähnt, daß die „Labour Leader“ mittheilt, die sozialistische unabhängige Arbeiterpartei von Leeds beschließen hat, bei der bevorstehenden Gemeinderathswahl für die Tories zu stimmen, und zwar zur Strafe, weil die Liberalen es abgelehnt haben, mit ihr einen Wahlpakt einzugehen.

Spanien.

Madrid, 15. Oktober. Die „Correspondencia de España“ führt Klage über die Forderungen der Amerikaner, insbesondere bezüglich der Philippinen und macht ihnen zum Vorwurf, daß sie kein Schiedsgericht zulassen wollen, welches Spanien annehmen würde.

Madrid, 15. Oktober. Der Ministerpräsident Sagasta erklärte, die Regierung werde nicht den Zusammentritt der Kammer abwarten, um die verfassungsmäßigen Garantien wiederherzustellen, der normale Zustand werde vielmehr sofort nach Unterzeichnung des Friedens wiederhergestellt werden.

Holland.

Amsterdam, 12. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Amsterdamer Gemeinderath nahm heute den Antrag betreffend Uebnahme der Straßenbahnen in Gemeindefestung an, welche bisher einer privaten Gesellschaft zur Exploitation ausgeliefert waren. Innerhalb vier Jahren sind jetzt die vier großen Monopole in Gemeindefestung übergegangen: die Wasser- und Gaswerke, das Fernsprechwesen und die Straßenbahnen. Der heutige Beschluß wurde nach kurzer Debatte mit 31 gegen 13 Stimmen gefaßt.

Dänemark.

Dem Fellething lag abermals das Landarbeiter-Ansiedelungsgesetz zur ersten Verathung vor. Im vorigen Herbst brachte die Regierung das Gesetz in der Form ein, in der es der Fellething vorher ausgearbeitet hatte, eine Form, die nicht viel werth war, da die Anträge der Sozialdemokratie größtentheils abgelehnt waren, die aber als Minimum zur Noth akzeptiert werden konnte. Aber der Landesthing machte daraus ein Gesetz, das den Grundbesitzern billige Arbeiter beschaffen sollte, aber nicht den Landarbeitern half. Nun bringt die Regierung den Gesetzentwurf in der sanfteren Form des Landesthings wiederum ein. Die Grundstücke sollen nur 3-4 Tonnem Land (1 Tonne Land = 5510 Quadratmeter) umfassen und die Anzahlung 800 Kr. betragen. Dabei ist im letzten Sommer durch private Initiativen bewiesen, daß man für 800 Kr. Anzahlung den Leuten 8-10 Tonnem Land beschaffen kann. Außerdem sind aber noch die Pflanzmanns-Arbeitsvereine als Partheien von erstem Kapital gefürdet und soll alles der Staat geben, aber die Gesamtsumme bleibt dieselbe wie im Vorjahr des Landesthing. Danach würde das bewilligte Kapital nur für die Errichtung von 400 Ansiedelungen pro Jahr hinreichen auf jede dritte Gemeinde eine.

Schweden.

Die schwedisch-norwegische Regierung sagte ihre Theilnahme an der Anti-Anarchisten-Konferenz zu.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Oktober. Auf Anregung des Sultans beschloß der letzte Ministerrath die Errichtung des Postens eines kaiserlichen Oberkommissars für Areta gleich dem in Ägypten. Ein diesbezügliches Verlangen soll an die vier Mächte gestellt werden. In betref der Antwort der Mächte haben die vier Mächte an ihre Vorklärung eine Zwischenfrage gerichtet, in welcher sie Anstöße über verschiedene unklare Stellen in der Antwort verlangen. In bezug auf Stärke und Verteilung der von der Pforte verlangten Garnisonen, welches Verlangen, wie man annimmt, nicht unpassend unklar lautet, haben die vier Mächte Entschlüsse der Admirale eingeholt. Inzwischen wurden die Admirale neuerdings angewiesen, alle Vorbereitungen zu treffen für Zwangsmaßnahmen, welche für den Fall in Aussicht genommen sind, daß die Klärung Areta's seitens der

türkischen Truppen zu dem festgesetzten Zeitpunkt nicht erfolgen sollte. Wie verlautet, wird die erste Abtheilung türkischer Soldaten in Stärke von 3000 Mann am nächsten Mittwoch Areta verlassen. — Nach Meldungen aus Areta hat der Präsident des dortigen Exekutiv-Komitees heute bei den Regierungen der vier Mächte gegen das Verlangen der Pforte, in Areta Garnisonen belassen zu dürfen, telegraphisch Verwahrung eingelegt.

Konstantinopel, 15. Oktober. In Antwort auf die Note der Pforte vom 10. d. M. haben die vier Vorklärer der Pforte eine Kollektivnote überreicht, in welcher sie verlangen, daß die Pforte binnen kurzer Frist die vorbehaltslose Annahme des Ultimatums erkläre.

Afrika.

Zur Zubaufrage. Die „Italie“ will aus guter Quelle erfahren haben, Frankreich habe sich wahrscheinlich die Unterfertigung Abessinien in der Faschoda-Angelegenheit gesichert und die Verbindungen Frankreichs zum Regus Menelik seien herzlicher als je zuvor.

Kampf um das Koalitionsrecht!

„Eine dreifache Entstellung der Thatsachen.“

Wir hatten über das angeklagte Zuchthausgesetz geschrieben:

„Das das geplante Gesetz soll, weiß jeder, es soll, sei es durch Zuchthausstrafen oder sonstwie, Strafen künftig unmöglich machen, es soll ein großer Schritt zur Durchführung der sozialen Utopie der Herren v. Stumm und Genossen sein. Es soll einen Zustand vorbereiten, in dem die Arbeiter mehr und mächtiger sein sollen, in dem die Unternehmer über das Arbeitsverhältniß ganz allein, ohne jede Furcht des mindesten Widerspruchs zu bestimmen haben, in dem man mit der Waare Arbeitskraft genau so verfahren kann, wie mit einem Ballen Baumwolle oder einer Schiffsladung Guano.“

Das ist das Urtheil, welches seit der Ankündigung der Zuchthausvorlage durch den deutschen Kaiser nicht bloß von jedem sozialdemokratischen, sondern auch dem Wesen nach von jedem halbwegs freigeistigen bürgerlichen Blatt gefällt worden ist und gefällt wird.

Und gegen diese unsere Formulierung des Urtheils aller anständigen Leute richtet die „Konservative Korrespondenz“ nachstehenden Wahnsinn:

„Das — die oben gedruckte Notiz — ist eine dreifache Entstellung der Thatsachen. Das Recht, Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Entstellung der Arbeit zu treffen, soll in keiner Weise den Arbeitern verweigert werden. Dazu würden die Konservativen keinesfalls die Hand bieten. Es handelt sich bekanntlich gerade darum, dieses Recht gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zu sichern, wie dies in den übrigen Kulturländern längst durch viel wirksamere Gesetze als bei uns geschehen ist. Wenn die sozialdemokratische Presse jetzt die Meinung verbreitet, daß Strafen nur durch die Anwendung von Drohungen und Gewalttätigkeiten möglich seien, so leistet sie den Arbeitern einen schädlichen Dienst. So genierte Strafen sind zwar für den weiteren Ausbau der sozialdemokratischen Disziplin verheißvoll, allein sie führen fast niemals zu einem guten Ende für die belästigten Arbeiter. Nicht nur bei uns, sondern auch im gezeigten England haben Ausstände nur Erfolg, sofern sie stillos berechtigt sind und die Sympathie der Bevölkerung finden. Für die Arbeiter ist es also ein Bedürfnis, gegen die stillschweigend verbreiteten sozialdemokratischen Klassenverweigerer geschützt zu werden.“

So das Organ für Vorbereitung des Staatsstreiks, Wiedereinführung der Leibeigenschaft und junckerlichen Großformwunders. Nun, eine dreifache Entstellung der Thatsachen — um den Ausdruck des sauberen Blattes zu gebrauchen — ist und kann je vorgekommen. Das Koalitionsrecht soll den Arbeitern nicht verweigert werden. — Aber Zuchthaus dem, der zum Gebrauch des Koalitionsrechtes „anreizt“. Das was hier das konservative Blatt faßelt, ist mehr als Heuchelei — das ist jüdischer Hoch, der mit dem Opfer schon hat und vor dem Erwürgen es noch jählich freudlich. In einer Vertheidigung des Koalitionsrechtes würde die konservative Partei keinesfalls die Hand bieten. Aber wo ist ein Recht, ein Volksrecht, zu dessen Beschränkung die konservative Partei nicht schon die Hand geboten hätte?

Die Arbeiter sollen nur gegen sozialdemokratischen Terrorismus geschützt werden. — Aber wann und wo hat es denn „sozialdemokratischen Terrorismus“ gegeben? Wir haben Vidmar'schen Terrorismus gehabt, wir haben Stumm'schen Terrorismus, wir haben junckerlichen Landrats-Terrorismus, wir sollen jetzt Zuchthaus-Terrorismus bekommen — aber von sozialdemokratischem Terrorismus kann nur der sprechen, welcher entweder nicht weiß, was die Worte bedeuten oder mit Worten freche Falschmünzerei treibt. „In den übrigen Kulturländern bestehen schon derartige Gesetze, wie das geplante Zuchthausgesetz.“

In welchen Ländern? Nur ein einziges Land nenne uns die „Konservative Korrespondenz“. Wir kennen keins. Nicht einmal Rußland und die Türkei.

Ueber die Oeynhauser Kaiserrede

hat sich nach der Germania“ der Centrums-Abgeordnete Karl Wagem in einer Veranlassung wie folgt ausgesprochen: „Die erinnern sich, daß der Kaiser jüngst angedeutet hat, eine Gesetzesvorlage werde kommen, wonach derjenige, der einen anderen zum Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Ja, meine Herren, demgegenüber ist unser Standpunkt ganz klar vorgezeichnet. Was dem einen recht ist, das ist ganz einfach dem anderen billig. Wenn man für gewisse Vergehen die Arbeiter mit schweren Strafen belegt, dann müssen auch die anderen Stände für ähnliche Vergehen mit denselben schweren Strafen büßen. Wenn man sich vor der Konsequenz ängert, wenn man sogar Duellanten und Polizisten, die sich schwer an den Bürgern des Staates vergreifen haben, schon, dann soll man auch den Arbeiter nicht zu hart anfallen, zumal die Staatsgewalt in den bestehenden Gesetzen genügende Mittel in der Hand hat, um Aufreizungen gerecht zu strafen.“

Protestversammlungen.

gegen die Zuchthausvorlage werden weiter gemeldet aus Verden in Hannover, Schwabach in Bayern, Ebingen in Württemberg.

Partei-Nachrichten.

Ballen zusammen! Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Vollstimme“ in Frankfurt a. M. einen zeitgemäßen Artikel. Nachdem sie auf die außerordentlich schweren politischen Kämpfe hingewiesen hat, vor denen insbesondere die deutschen Arbeiter gegenwärtig stehen, schreibt die „Vollstimme“:

„Sollen wir in dieser Situation unsere Kräfte und unsere Zeit darauf verwenden, gerade jetzt taktische Meinungsverschiedenheiten auszutragen? Wir meinen, in Stuttgart sei dabei schon viel zu viel des Guten geübt worden. Wohlmeinende Genossen haben deshalb schon in Stuttgart möglichst alle Differenzpunkte zurückzustellen gesucht, und in ihrem Namen möchten wir jetzt die entsprechende Aufforderung an alle Parteifreunde ergehen lassen, uns in der Zurückdrängung aller Kontroversen vom praktischen Kampfplatze sowie in der Vereinigung aller Kräfte auf die Befestigung und Sammlung unserer Cadres, wie sie jetzt nun einmal sind, zu unterstützen.“

Bezüglich der Polemik über unsere theoretischen Auffassungen schließen wir uns ganz der Ansicht des „Vorwärts“ an: die mögen doch in unseren wissenschaftlichen Zeitschriften fortgesponnen werden, aber nicht die Spalten unserer Kämpfenden

und aufeinander Tagespresse füllen. Aber noch mehr: Begraben wir auch sonst das Kriegsschiff wegen der Geblühtertheile in der revolutionären Auffassung, die wir haben. Gewiß sind sie da, aber noch viel greifbarer und verhängnisvoller ist die Thatsache, daß die internationale Reaktion gegenwärtig zu einem Schlag gegen die Arbeiterbewegung ausholt, wie sie ihn noch nicht versucht hat. Diejenige ungenügende Axtent gegenüber sind wie alle eilig, und das bleibt für jetzt und auf längere Zeit hinaus die Hauptsache. Keine Kräfteverwendung, kein Abdrücken von einander, keine Dispute, wo es jeden Augenblick heißen kann: energisch handeln. So meinen wir unsere Richtung, so möge sie allerorts im Großen und im Kleinen Unterstützung finden, und so möge unsere einzige und oberste Parole für absehbare Zeit lauten: Ballen fest zusammen, es ist nöthiger, wie jemals!“

Die „Vogeländische Volkszeitung“ in Falkenstein theilt mit, daß der Parteigenosse Hans Künzel, der schwer erkrankt war, wieder die Redaktion übernimmt, obwohl er noch nicht völlig genesen ist, und daß der bisherige verantwortliche Redakteur Karl Wiggen als Geschäftsführer in die in Dortmund erscheinende „Rheinisch-Vogeländische Arbeiter-Zeitung“ eintritt.

Vollzeitliches, Gesellschaftliches u.

Die in Breslau zweimal wöchentlich erscheinende Parteizeitung „Die Wahrheit“ hatte dem Bürgermeister des im Gleiwitzer Kreise liegenden Ortes Kieferfeldel, einem Herrn Kochmann, Mißbrauch der Amtsgewalt vorgeworfen, weil er den Gemeindegewählten hat, Flugblätter, die zwecks Agitation für die Reichstagswahl von einigen unserer Parteigenossen in Kieferfeldel verbreitet werden sollten, zu beschlagnahmen. Der Bürgermeister stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Jahn wegen Verleumdung Strafantrag. In der Verhandlung vor dem Breslauer Landgericht berief sich der Bürgermeister zur Rechtfertigung seines Verfahrens darauf, daß die Art und Weise der Flugblattverbreitung die Bevölkerung in Erregung gesetzt hätte. Die Flugblätter seien theils den Leuten in die Hand gedrückt worden, theils habe man sie unter den Thüren hindurch in die Wohnungen geschoben oder auch durch die Fenster hineingeworfen. Aus der verhandelten Menge sei die Anfrage gestellt worden, ob die Sozialdemokraten durchgegriffelt werden dürften. Der Angeklagte machte geltend, daß, wenn die Bevölkerung wirklich beunruhigt worden sein sollte, nicht die Art und Weise der Verbreitung der Flugblätter, sondern deren sozialdemokratischer Charakter die Ursache gewesen ist; daß durch die Verbreitung gegnerischer Flugblätter beunruhigt zu fühlen, dazu habe aber niemand ein Recht, denn alle Parteien vertheilten ihre Flugblätter unterschiedlos an jedermann. Der Angeklagte wies ferner auf die vielen, bei der letzten Reichstagswahl in Schlesien vorgekommenen gesetzwidrigen Beschlagnahmen von sozialdemokratischen Wahlflugblättern hin, die zu bezeichnen er als Mitglied des Wahlkomitees und als Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes berechtigt gewesen sei.

Das Gericht war dagegen der Ansicht, daß Kochmann zur Beschlagnahme der Flugblätter berechtigt gewesen sei; er habe dadurch eine weitere Beunruhigung der Einwohner verhindern wollen. Kochmann habe hier kraft der allgemeinen Aufgaben der Polizei gehandelt, wie sie im 17. Titel des I. Theils des Landrechts und in dem Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 festgesetzt seien. (Im Landrecht heißt es: „Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“)

Der Angeklagte wurde daher der Verleumdung des Bürgermeisters Kochmann schuldig erklärt und zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Satz des § 198 wurde ihm verweigert, weil das Wahlkomitee, welchem er angehört, mit der Agitation in Oberschlesien nichts zu thun hatte. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf vier Monate Gefängnis gelaufen.

Unserer Ansicht nach sind die beiden preussischen Gesetze, auf die sich das Breslauer Landgericht beruft, in dem vorliegenden Falle nicht zutreffend angewandt. Unsere Parteigenossen handelten bei der Verbreitung der Flugblätter ungewisselhaft in der Ausübung ihres staatsbürgerlichen Rechtes. Ein Theil der Bevölkerung in Kieferfeldel wollte sie daran durch Gewaltthatigkeiten hindern. Anstatt nun den Janhagel Kieferfeldels durch Anwendung der polizeilichen Zwangsmittel zur Vernunft zu bringen, läßt der Bürgermeister einsoch die sozialdemokratischen Flugblätter beschlagnahmen. Wo bleibt denn da die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, zu welcher der Staat einzelner Sozialdemokraten gegenüber einem sozialistenfeindlichen Publikum doch wohl auch heute noch gehört?

Das Landgericht in Halberstadt sprach den Parteivertrauensmann Robert Greiner aus Aschersleben von der Anklage frei, den früheren Reichstags-Abgeordneten Major a. D. Plack's beleidigt zu haben.

Das Schöffengericht in Altenburg verurtheilte den Parteigenossen Käppler als früheren Redakteur des „Wählers“ wegen Verleumdung des Redakteurs der „Allenburgischen Landeszeitung“ zu 8 Wochen Gefängnis.

Der Parteivertrauensmann Paul Müller in Aue in Sachsen war vom Schöffengericht in Schneeberg zu 100 M. Geldstrafe oder entsprechender Haft verurtheilt worden, weil er am 1. Mai aus seinem Hause eine große weiße Fahne, auf der sich eine rote 8 befand, herausgehängt hat, wodurch er großen Unangenehmlichkeiten ausgesetzt sein soll. Müller's Verurteilung gegen dieses Urtheil ist jetzt vom Landgericht in Aue zurückgehoben worden. Es kennzeichnet den kapitalistischen Charakter des modernen Staates, daß jemand, der durch Herausbringen einer Fahne seine „Sympathie“ für den Reichstagswahlkampf öffentlich kund thut, von den Mächten auf eine Stufe gestellt werden kann mit Leuten, die durch ruhestörenden Lärm auf der Straße öffentliches Argerniß erregen.

Das ungarische Parteiorgan „Mehava“ in Budapest hatte wegen der Ausweitung von Sozialisten der Polizei den Vorwurf gemacht, sie verfolge in ähnlicher Weise unschuldige Menschen. Das Schöffengericht erkannte deshalb den Redakteur Edmund Weichardt der Verleumdung schuldig und verurtheilte ihn in contumaciam zu sechs Wochen Gefängnis und 50 fl. Geldstrafe solwie zu den Kosten des Verfahrens.

Gewerkschaftliches.

Verkauf und Umgegend.

Königs, Auktion! Morgen, Montag, den 17. Oktober, abends 9 Uhr, findet in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Verammlung statt, in welcher Genosse Wach über das Thema: „Menschenrechte zur Rettung des Mittelhandes“ referiren wird. Alle Kaufleute, Handlungsgesellen und Gehilfen sind hierzu eingeladen.

Erklärung. Auf die von Herrn Hoffmann in der Nr. 283 in der 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 5. Oktober d. J. abgegebene Erklärung bezüglich Abhaltung eines allgemeinen Veranlassungsgesetzes der im Handels-, Transport- und Verlehrsgebiete beschäftigten Arbeiter Deutschlands habe ich nochmals zu erwidern, daß der oben genannte von den gemeinsamen Kollegen Deutschlands einen dahin gehenden Antrag, einen allgemeinen Veranlassungsgesetz noch stellen einzubringen, nicht erhalten hat, mithin die Beschlässe des Kongresses auch keine bindende Kraft für die genannten Kollegen Deutschlands haben können. Es ist ferner wichtig, wenn Herr Hoffmann behauptet, ich sei der Vertreter einer kleinen Minderheit im Gegenheil, das umgekehrt ist richtig. Der nächste allgemeine Veranlassungsgesetz findet also zu Pfingsten 1899 in Frankfurt a. M. statt. Zutritt haben alle diejenigen Organisationen, welche auf dem Boden der Halberstädter Kongreßbeschlüsse stehen.

Karl Wiboldt.

Vertrauensmann der im Handels-, Transport- und Verlehrsgebiete beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Der Streik der Porzellanarbeiter von der Firma Halderwanger u. Co. (Wlfrd Bruno Schwarz) in Charlottenburg und Spandau ist beigelegt. Der Unternehmer hat die Forderungen des Dreherpersonals im wesentlichen bewilligen müssen, dagegen haben die ungelerten Arbeiter ihre Forderungen wegen der zahlreichen Streikbrecher leider fallen lassen müssen. Ein Theil der Dreher hat die Arbeit bereits aufgenommen. Der Fabrikant hat sich den Streikenden gegenüber verpflichtet, so lange keine fremden Arbeiter neu einzustellen, bis alle Streikenden wieder ihre alten Stellen einnehmen können.

Das Spandauer Gewerkschaftskartell verhandelte in seiner letzten Sitzung über den beendeten Streik der Bauarbeiter und Porzellanarbeiter. Es wurde beschlossen, die noch nicht eingestellten Porzellanarbeiter noch 2 Wochen lang zu unterstützen. Der Jahresbericht des Kartells soll in einer demnächst einzuberufenden Versammlung erfaßt werden. Einem russischen Genossen wurde eine Reise-Unterstützung gewährt. Der Obmann Nieger machte zum Schluß bekannt, daß gegen ihn neuerdings auch noch wegen „unerlaubter Kollekte“ Anklage erhoben worden sei. Diese Anklage beziehe sich auf die für die letzten Streiks vorgenommenen Sammlungen. Es fehlten die Vertreter der Bauarbeiter, Metallarbeiter, Schneider, Tabakarbeiter und Töpfer.

Deutsches Reich.

Die Fischer-Arbeiter in Nordenham sind mit den Unternehmern in Lohnverhältnissen gerathen, welche wahrscheinlich zum Ausstand führen werden. Die Unternehmer suchen auch in den Untertwer-Orten Arbeiter anzuwerben, bis jetzt jedoch vergeblich.

Die Gewerkschaften in Ronneburg (Mtenburg) haben die Gründung eines Gewerkschaftskartells beschlossen. Im Anschluß daran ist die Errichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises erfolgt, sowie eine Auskunftsstelle eingerichtet, die den Arbeitern bei gewerkschaftlichen Streitfällen Auskunft erteilen soll.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Hohenstein-Ernstthal wurden in der Klasse der Arbeitnehmer die von den organisierten Arbeitern vorgeschlagenen Kandidaten gewählt. Die Theilnahme war sehr gut.

Im Streik der Glasarbeiter in Hildburghausen, der nun schon 9 Wochen währt, ist immer noch keine Aenderung eingetreten. Wie uns geschrieben wird, geben sich die Unternehmer alle erdenkliche Mühe, sogenannte Arbeitswillige heranzubringen, gilt es doch die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter niederzubrüden. Die Streikposten, welche auf dem Bahnhof stehen und auf jeden ankommenden Zug achten, werden durch die Gendarmen vom Bahnhof getrieben, den Fabrikanten aber, welche ebenfalls bei Ankunft eines jeden Zuges sich auf dem Bahnhof befinden, ist nicht allein der Aufenthalt auf dem Perron gestattet, sondern es ist ihnen auch erlaubt, die Streikbrecher direkt nach der gegenüber liegenden Fabrik über das Geleise hinweg zu führen.

Trotz alledem ist die Haltung der Streikenden eine muster-giltige. Gelingt es den ausgesandten Agenten der Unternehmer nicht, andere Kräfte heran zu ziehen, mit den bis jetzt gewonnenen können sie den schon jetzt 14 Tage in Betrieb gesetzten Ofen nicht weiter führen.

Kollegen, Arbeiter! Sorgt dafür, daß keine Streikbrecher nach Hildburghausen kommen, und unterstützt uns in diesem schweren Kampfe.

Sämtliche Unterstützungen sind an Gustav Schmidt, Hildburghausen, Snappengasse 159, zu richten.

Unter den Motorwagenführern der elektrischen Straßenbahn Nürnberg führt es schon seit längerer Zeit. Vor kurzem stellten die Leute folgende Forderungen auf: Festsetzung des Gehaltes, je nach der Dienstzeit, auf monatlich 95—120 M., für Ueberstunden je 60 Pf., jeden Monat vier freie Tage. Die Gewerkschaft verhielt sich hartnäckig und fängt jetzt an, die mißliebigen Führer zu kündigen (bis jetzt 84) unter dem Vorgeben, es sei über-zähliges Personal vorhanden, gleichzeitig aber wurden eine Anzahl Leute eingestellt, die als Führer angelernt werden. Man will also nur einen „Reinigungsprozess“ vornehmen. Die Bewegung unter den Führern wird aber dadurch nicht aus der Welt geschafft.

In der Metallwaaren-Fabrik von Lößlein u. Kraft in Nürnberg haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil eine neue Winter-Arbeitszeit unter Abschaffung der Frühstücks- und Vesperpause eingeführt werden sollte. Zugung ist fernzuhalten.

Ausland.

Der Streik der Wiener Buchbinderei-Arbeiter dauert fort. Mit zahlreichen Firmen wurden im Laufe des heutigen Tages Verhandlungen angeknüpft, deren Resultat gegenwärtig noch nicht bekannt ist. Es ist aber zu erwarten, daß die Vereinbarungen zur Aufnahme der Arbeit bei diesen Firmen führen. Festgestellt ist nun, daß die „Wiener Mode“ in der Zwangsarbeitsanstalt Korneuburg gefaßt wurde. In Textilen wurden die von Wien gelandeten Arbeiten von den Buchbindern zurückgewiesen und sollen nunmehr die Aufträge nach Regensburg gegangen sein. Die dortigen Buch-binder sind bereits davon in Kenntniß gesetzt. Es ist dringend not-wendig, daß der Zugang von Buchbindern ferngehalten wird.

Arbeiterkämpfe in Rußland. Im Februar d. J. brach ein Streik in der Web- und Spinnfabrik von Reischajew-Malzew im Dorfe Gusch aus, an welchem sich 3000 Arbeiter betheiligt haben. Obwohl sich die Arbeiter im Laufe des ganzen Streiks vollkommen ruhig verhielten und der Fabrikinspektor erklärte, daß die meisten Forderungen der Arbeiter gesetzlich und die Arbeitsverhältnisse in der betreffenden Fabrik schlimmer als irgendwo sind, wurden doch die Streikenden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, da eine Ver-abredung zum Ausstand vermuthet wurde, was in Rußland gesetzlich verboten ist. Aus den Zeugenaussagen vor dem Gericht sind manche Uebelsände der Fabrik offenbart worden. So betrug der Durch-schnittslohn eines Webers, nach den Angaben des Fabrikinspektors, 45—46 Kop. (1 M.) pro Tag. Der Fabrikinspektor hat auch angegeben, daß die Verwaltung der Fabrik seinen Forderungen kein Gehör leistete. Das verbotene nicht das Gericht, 23 Arbeiter zu verurtheilen, da-von 1 zu 6 Monaten, 10 zu je 6 Monaten und die übrigen zu je 3 Monaten Gefängniß.

Die Kohlenrubenarbeiter in Süd-Wales und Monmouthshire haben auf eine Anregung des Parlamentsmitgliedes Abraham Mabon beschlossen, einen Gewerksverein zu gründen. Die Gewerkschaft wird dann nach Ablauf der gleichen Lohnsala, die vier Jahre in kraft bleibt, besser gerüstet dastehen.

In Manchester tagte am 10. ds. Mts. wieder einmal ein Jahreskongreß des „Bundes der freien Arbeit“. Gegen hundert Delegierte vertreten angeblich eine Viertel Million der Ge-werkschaftsmitglieder feindlichen Arbeiter. Thatsächlich ist der ganze „Bund“ ein Schwindel. Nicht, daß es in England keine gewerkschafts-feindlichen Arbeiter gäbe, daran kann vielmehr gar kein Zweifel sein. Aber das, was sich als ein Bund derselben geberdet, ist ein-fach eine von einem gewissen W. Collinson gegründete Agentur zur Versorgung der Unternehmer mit Streikbrechern. Diese Agentur hat in den verschiedenen Städten ihre Unteragenten, die mehr oder weniger phantastische Listen von „Arbeitswilligen“ führen und diese Unteragenten sind es zumeist, die auf dem besagten kongreß Delegierte spielen. Die Kosten zahlen die Gönner des „Bundes“; Fabrikanten und allerhand wohlhabende Leute, die an die Schauergerilde von der Gewerkschaftspropaganda glauben und einzelne Ausschreitungen für die Regel nehmen. So behaupten die Macher des „Kongresses“, u. a. auch von dem bekannten Historiker Lecky ein Gläubigkeits-schreiben erhalten zu haben. Ferner behaupten sie, im Laufe des Jahres an gesperrte Fabriken 13 000 Arbeitswillige geschickt zu haben, darunter 900 Maschinenbauer, die während des Streiks Arbeit in Maschinenfabriken fanden.

Charakteristisch sind die Beschlüsse des „Kongresses“. Einer findet das neue Unfallentschädigungs-Gesetz verwerflich, weil es das Werk der gegenseitigen Unfallversicherungen beeinträchtigt und die britische Industrie schädige. Ein zweiter verlangt Vertretung der „freien“ Arbeiter im Arbeitsamt des Gewerkeministeriums, und ein dritter fordert Aufhebung des Abj. 2 des siebenten Paragraphen des Verschwürungsgesetzes, weil dieser Abj. dem

Zwang ausübenden Postenstellen der Schein eines gesetzlichen Rechtes verleih. Mit anderen Worten, das Gesetz soll im Sinne Posadostwoy revidirt werden. Da der „Kongreß“ noch nicht zu Ende, kann man noch die Abendung eines Glückwunsch-Telegrammes nach Berlin gewärtigen, denn Hr. William Collinson ist durchaus nicht blöde. —

Ein schweres Schiffsunglück

Bei Kap Lizard an der Südwestküste Englands am Freitag Abend geschehen. Die aus Falmouth gemeldet wird, ist der Dampfer „Rohegan“ von der „Atlantische Transport-Linie“ auf der Fahrt von London nach New-York mit 200 Passagieren gescheitert. Von den auf dem Dampfer befindlichen Personen sind, soweit bis jetzt bekannt ist, nur 31 Personen gerettet worden. Der Dampfer ist gesunken.

Eine weitere Meldung aus London besagt: Das Unglück passirte an dem Manaclesfelsen nahe Falmouth. Vor Jahren schon war eine Agitation im gange, um gerade an der Stelle des jetzigen Unglücks ein Leuchtschiff einzurichten. Die Katastrophe muß bei klarem Wetter eingetreten sein, freilich bei hoher und unruhiger See. Das Schiff sank in 20 Minuten; es scheint die Maschine gebrochen zu haben. Der als einer der tüchtigsten Kapitäne der Linie geltende Kapitän Giffith erteilte von der Kommandobrücke bis zur letzten Sekunde in vollster Ruhe seine Befehle und hielt größte Ordnung unter der Mannschaft.

Auf dem Londoner Bureau der Atlantie Transport Linie wird erklärt, daß der untergegangene Dampfer „Rohegan“ nur 53 Passagiere und 80 Mann Besatzung an Bord hatte. Die Verluste sind daher in den ersten Berichten stark überschätzt. — Ein Geretteter, der 7 1/2 Stunden im Wasser zugebracht hat, erzählt, der Dampfer sei am Donnerstag von London abgegangen. Gestern um 7 Uhr Abends, während man beim Essen war, wurde ein lauter Knack gehört. Man ging auf Deck und sah nun, daß das Schiff auf einen Felsen gestoßen war. Der Abend war hell und klar. Zwei Boote wurden niedergelassen und zum größten Theil von Frauen besetzt; ob dieselben die Küste erreicht haben, ist nicht bekannt. Das Hintertheil des Schiffes begann bald zu sinken, und in weniger als 20 Minuten ging das Schiff unter. Das Rettungsboot aus Falmouth fand 14 Mann der Besatzung lebend auf einem Felsen vor.

Wie die „Atlantic Transport Line“ ferner mittheilt, sind von den 53 Passagieren des gesunkenen Dampfers „Rohegan“ 49 gerettet worden. Die meisten Passagiere waren zurückkehrende Amerikaner, nur ein deutsch klingender Name befindet sich in dem Passagier-Verzeichniß, nämlich der einer Frau Grumbrecht, welche vermißt wird.

Soziales.

Unfallversicherung in Oesterreich. Nach dem Bericht, den das Ministerium des Innern dem Reichsrath vorgelegt hat, waren im Jahre 1896 in Oesterreich 1 974 644 Betriebsangehörige gegen Unfälle versichert, 97 450 mehr als im Jahre vorher. Davon kommen rund 1 1/2 Millionen auf das Gewerbe und 1/2 Million auf die Land-wirtschaft. Von 1000 versicherten Arbeitern in Handel und Gewerbe waren 765 männlichen und 235 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Arbeiterinnen ist in den versicherungspflichtigen Betrieben, deren Zahl rund 224 000 mit einem Personal von durchschnittlich zehn Köpfen beträgt, im Rückgange begriffen.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist gegenüber dem Jahre 1895 von 54 562 auf 64 655, also sehr stark gestiegen. Auf je 10 000 vollbeschäftigte Arbeiter kommen 503,8 Unfälle. Die größte Unfallgefahr weist der Bergwerksbetrieb auf, wo auf 10 000 voll-beschäftigte Arbeiter 1758 Unfälle zu verzeichnen waren. Dann kommt die Maschinen- und Werkzeugfabrikation mit 1268 und die Transportmittel-fabrikation mit 1001 Unfälle auf je 10 000 Arbeiter. Im Eisenbahnbetriebe beträgt die Unfallziffer 487. Nicht entschädigt wurden 45 159 Unfälle (gegen 39 167 im Jahre 1895).

Die Zahl der tödtlichen Unfälle stieg von 885 auf 929 (von 6,8 pro 10 000 Arbeiter auf 7,2), die der Unfälle mit dauernder Erwerbsunfähigkeit von 4024 auf 5399, während die Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit sich von 10 686 auf 12 216 vermehrten.

Die Auszahlungen an Renten und Entschädigungen stiegen von 2 259 300 auf 3 153 419 Gulden. Die durchschnittliche Rente betrug pro Kopf: bei dauernder und gänzlicher Erwerbs-unfähigkeit 22,25 Gulden, bei dauernder und theilweiser Erwerbs-unfähigkeit 85,93, bei Wittwen 77,98, bei Kindern 50,15, bei Ascendenten 55,93 Gulden.

Die der Versicherung zu Grunde gelegten Löhne stiegen von 437 auf rund 474 Millionen Gulden. Davon kommen auf die Industrie z. 470 Mill., auf die Landwirtschaft 3,8 Mill. Der durchschnittliche Tagesverdienst der Arbeiter stieg von 1,21 Gulden auf 1,24 Gulden.

Die finanziellen Ergebnisse der österreichischen Unfallversicherung sind fortgesetzt ungünstig. 1894 wurde ein Defizit von 979 801 Gulden gemacht, 1895 ein solches von 887 452 und 1896 betrug das Defizit 3 362 011 Gulden; das Gesamtdefizit hat nun die Höhe von 5,9 Mill. Gulden erreicht.

Literarisches.

Beiträge zu einer Reform der geburtsärztlichen Ordnung im preussischen Staate. Herausgegeben von der Kommission der Kerkzammer der Provinz Sachsen. Berlin, Elwin Staudé, 1898. 64 S.

Die Frage der Umgestaltung des Hebammenwesens beschäftigt seit längerer Zeit die ärztlichen Kreise, da zur wirksamen Bekämpfung des Kindbettsiebers in erster Linie die verständnißvolle Mithilfe der Hebammen erforderlich ist, und diese unter den gegenwärtigen Ver-hältnissen nicht hinreichend gewährleistet erscheint. Von denen, welche besonders für eine derartige Reform thätig waren, sind zwei Kerkze der Provinz Sachsen, Dr. Brenneke-Magdeburg und Kreis-physikus Dr. Dietrich-Beruburg, zu nennen; sie veranlaßten auch die Kerkzammer ihrer Provinz zu einer Verathung dieser Frage und veröffentlichten dann in der vorliegenden Schrift deren wesentliche Ergebnisse.

Die Reformvorschlüge, welche die Kerkzammer, im weitestlichen dem ursprünglichen Entwurf Brenneke's folgend, macht, zielen dar-auf ab, Frauen aus den „gebildeten“ Klassen dem Hebammen-berufe zuzuführen, da von solchen eine sorgsamere Befolgung der Vorschriften zur Verhütung des Kindbettsiebers zc. erwartet wird. Daß zur Erreichung dieses Zieles in erster Linie eine Verbesserung der Existenzbedingungen des Standes notwendig sei, wurde nicht verkannt. Andererseits scheint auch darüber ein Zweifel nicht bestanden zu haben, daß es in Preußen unmöglich sein würde, Staats- oder Gemeindegeld in größerem Umfange für eine derartige Kultur-ausgabe überflüssig zu machen. Darum beschränkte man sich darauf, zu verlangen, daß den Hebammen ein Mindesteinkommen von 600 M. jährlich in den Städten, von 700 M. jährlich auf dem platten Lande garantiert werde. So lautete der Vorschlag der Kerkzammer-Kommission; im Plenum wurde dies bei der ent-gültigen Beschlußfassung noch dahin veräußert, daß nur empfohlen wurde, die Gewährung eines Mindesteinkommens in Erwägung zu ziehen. Daneben wurde noch gefordert, daß für Alters- und In-validitätsversorgung der Hebammen „in auskömmlicher Weise“ gesetzlich Sorge getragen werde. Zahlen wurden hierbei nicht genannt, und es ist somit leider nicht zu ersehen, was man als „auskömmliche Invaliditäts- und Altersversorgung“ auffaßte, nach-dem man die obengenannten Summen für ausreichend gehalten, um „gebildete“ Frauen — d. h. solche, welche eine höhere oder mittlere Töchterschule „erfolgreich“ besucht haben — dem Hebammenberufe zuzuführen. Im übrigen sollten ja nicht etwa Staat oder Gemeinde diese Riesensummen aus ihrer

Tasche aufbringen, sondern sie sollten diese Beträge nur „garantiren“; d. h. falls das Einkommen der Hebamme die Höhe des Mindest-einkommens nicht erreicht, soll der Fehlbetrag aus öffentlichen Mitteln aufgeschossen werden. Und damit die daraus sich ergebenden Lasten nicht zu hoch werden, soll die Niederlassungsfreiheit der Hebammen beschränkt werden „durch Rückkehr zum Prinzip der An-stellung sämtlicher Hebammen als Bezirkshebammen“. Dabei wäre dann darauf zu achten, daß die Bezirke, welche den einzelnen Hebammen zugewiesen werden, nicht zu klein be-messen werden. Triumphtugend führte Dr. Brenneke in seinem Referate vor der Kerkzammer aus, daß bei solcher Organisation in den weitaus meisten Hebammen-Bezirken die Er-trägnisse der Praxis vollaus genügen werden, um das garantierte Minimal-(Mindest-) Einkommen der Hebamme zu sichern. „So werden direkte Zuschüsse aus öffentlichen Kassen sich voraussichtlich nur in sehr beschränktem Maße als nothwendig erweisen.“ Er hätte sogar noch mehr zum Lobe seines Werkes sagen können; denn ein Satz seines ursprünglichen Entwurfs lautete: „Den Armen ihres Bezirkes hat die Hebamme unentgeltlich Hilfe zu leisten.“ Würde die Regierung bei einer etwaigen „Reform“ diesen Satz sich zu eigen machen, so könnte auf diese Weise sogar noch ein materieller Gewinn für den Fiskus herausbringen; denn so kann ja dieser Theil der Armenlasten auf die Schultern eines einzelnen Standes gewälzt werden.

Man sieht: die Urheber dieser Vorschläge haben jedenfalls richtig erkannt, was nothwendig ist, um der preussischen Regierung eine Reform auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege annehmbar erscheinen zu lassen. Und man wird dem Reformvorschlüge das Lob, daß er echt preussischer Geist ihn beherrscht, um so weniger ver-sagen können, als auch ein Punkt Berücksichtigung gefunden hat, der unabweisbar auch in einer Vorlage der Regierung nicht unbedacht bleiben würde: die Verleihung eines schönen Titels an die In-gehörigen des Standes. Der Name „Hebamme“ gefaßt nämlich seit einiger Zeit nicht mehr allgemein; einige Vertreterinnen des Berufes haben sich daher statt dessen den Namen „Geburtsheiferin“ zugelegt, sind aber damit bei unserer fürsorglichen Polizei auf Wider-stand gestoßen. Diese Rothlage hat nun offenbar das Mitgefühl der Kerkzammer-Kommission hervorgerufen, und so schlägt dieselbe vor, an stelle des Titels „Hebamme“ in Zukunft die Bezeichnung „Frauenchwefel“ einzuführen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß der Hebammenstand die Stellung und den Adel eines „geburts-hilflichen Schwesternstandes“ erringen soll. Es ist zwar schade, daß man vergessen hat, die Ertheilung von Orden bei längerer, ein-wandsfreier Dienstzeit vorzusehen; dann wäre doch die Roth des Standes ganz beseitigt.

Ueber diese Roth des Standes giebt im übrigen die Broschüre in erschöpfender Weise Aufschluß, und inwiefern sie recht verdienst-lich. Schon der Umstand, daß die skizzirten Vorschläge ernsthaft als eine Reform und als geeignet, die Stellung der Hebammen zu sichern und zu heben, erachtet werden, läßt ja tief blicken.

Aber die Zahlen, welche der Kreisphysikus Dr. Dietrich in seinem Referat anführt, geben doch noch ein deutlicheres Bild von der herrschenden Roth; danach beträgt zum Beispiel das jährliche Durchschnittseinkommen der Hebammen im Regierungsbezirk Appeln 270 M. und in 6 Kreisen dieses Bezirkes erreicht das Durchschnitts-einkommen nicht einmal 200 M. Man sieht hieraus, unter welchen Verhältnissen dieser Stand, dessen Thätigkeit für das Wohlergehen der gesamten Frauenwelt von so einschneidender Bedeutung ist, lebt und wirkt; und man gewinnt so das Verständnis dafür, daß nicht selten Angehörige dieses Standes, der mehr wie andere Ver-suchungen ausgelegt ist, denselben erliegen.

Es erscheint vielleicht überflüssig, die Frage noch zu erörtern, ob die Reformvorschlüge geeignet sind, das Ziel zu erreichen, das ihnen gesteckt ist, d. h. ob die vorgeschlagene materielle Hebung des Standes geeignet erscheint, „gebildete“ Frauen dem Hebammenberufe zuzu-führen. Schon aus den bisherigen Ausführungen ist wohl zu er-sehen, daß wir eine materielle Aufbesserung, die sich in den oben gezeichneten Grenzen hält, für ein ungeeignetes Mittel halten. Die „durch erfolgreiche Absolvierung“ einer höheren oder mittleren Töchterschule erworbene „Bildung“ ist ja heutzutage, wie „Bildung“ überhaupt, ein Monopol des „Besitzes“. Und daß Besitzende sich in ausreichender Zahl zu einem Berufe einschließen werden, der überaus anstrengend und materiell so wenig lohnend ist, erscheint uns höchst unwahrscheinlich; dies namentlich in einer Zeit, in welcher die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in ihrem Kampfe um die Gewerbefreiheit unfruchtbar Erfolge zu verzeichnen haben. In dem Maße, als den Frauen andere Berufe — ins-besondere die akademischen — eröffnet werden, wird naturgemäß die Zahl derjenigen „gebildeten“ Frauen abnehmen, für welche über-haupt die Wahl des Hebammenberufes in Erwägung kommt. Darum würden wahrscheinlich trotz der Beschränkung der Hebammenzahl die gebildeten Schichten nicht den nöthigen Ersatz vollständig liefern können; und man würde wiederum auf die Schichten, aus denen sich heute der Stand rekrutirt, zurückgreifen müssen.

Außer den Maßregeln zur Reform des Hebammenstandes wurde von der vorbereitenden Kommission der Kerkzammer auch die Be-gründung von „Frauengewerkschaften mit beschränkter Haftung“ be-hufs Organisation der Wöchnerinnenpflege empfohlen. Unter diesem Titel wurde eine Art staatliche Versicherung (etwa nach Art der Krankenversicherung) der Ehefrauen verstanden, durch welche den-selben im Wochenbett die Hilfe geschulter Pflegerinnen sowie Unter-stützung in der Führung des Haushaltes gesichert werden soll. Dieser Vorschlag kann wohl der Erörterung werth bezeichnet werden, doch hat auch er bei der Abneigung der Regierung gegen jeden weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung wenig Aussicht auf Verwirk-lichung. C. F.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 15. Oktober. (W. Z. W.) In einer heute abgehaltenen Versammlung von Vertretern wirtschaftlicher Körperschaften Rheinlands und Westfalens, sowie des Vereins der Industriellen wurde angesichts des Ueberhandnehmens öffentlicher Unsauberkeiten im Beschlußantrag angenommen, nach welchem die Zusammenlegung möglichst vieler Kirchweihfeiern auf einen Zeitpunkt, mindestens aber in möglichst großen Bezirken für unumgänglich nothwendig erachtet wird, um den Industriebetrieb vor empfindlichen Störungen und die Arbeitswilligen vor unfreiwilligen Feiern zu schützen und um bergnügungsfähigen Arbeitern die Gelegenheit zu Vergnügungen zu beschränken. Es wurde beschlossen, die zuständigen Behörden und erforderlichen Falles die gesetzgebenden Körperschaften zu er-suchen, dem Festunwesen nachdrücklich entgegen-zutreten. Von den in der Versammlung vertretenen 30 Handels-kammern stimmten 28 für den Beschlußantrag, während 2 sich der Stimmbabgabe enthielten.

Wien, 15. Oktober. (W. Z. W.) In der Franz Joseph-Kaserne zu Ungvar hantirte ein diensttunender Korporal so ungeschickt mit einem geladenen Revolver, daß die Waffe sich entlud und den in der Nähe befindlichen Lieutenant v. Bacjak tödtete.

Paris, 15. Oktober. (W. Z. W.) Dem „Temps“ zufolge soll der Korrespondent des Mailänder „Corriere della Sera“, Pissani, ausgewiesen sein, weil er die falsche Nachricht von der Verhaftung zweier Generale telegraphirt hat.

Paris, 15. Oktober. (W. Z. W.) Der russische Minister des Aeußern Graf Murawiew ist heute hier eingetroffen und hatte Nach-mittag im Ministerium des Aeußern eine längere Unterredung mit dem Minister des Aeußern Delcassé.

Paris, 15. Oktober. (W. Z. W.) Auf der Nordbahnlinie zwischen den Bahnhöfen von Courmeux und von Bourges sind, wie heute Vormittag entdeckt wurde, die Signaldrähte zertrümmert worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Paris, 15. Oktober. (W. Z. W.) Mit Ausnahme der Bahnhöfe sind heute überall die Militärwachen vermindert und vielfach ganz eingezogen worden. Die Truppen sind nicht mehr in den Kasernen konzentriert. Von auswärts, so namentlich aus Rouen eingegangene Depeschen melden, daß die Bahnhöfe nicht mehr militärisch besetzt sind, da keine Unruhen mehr zu befürchten seien.

Zu den Fragen der Taktik.

In der Leipziger Volkszeitung ist unter dem Titel „Glossen zum Parteitag“ eine Reihe von Leitartikeln erschienen, in denen besonders die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei besprochen wurden.

Der Verfasser der „Glossen“ sagt: „Belamitlich sieht der „Vorwärts“ seine Aufgabe als führendes Organ darin, nicht zu führen; ob diese Auffassung richtig oder unrichtig ist, haben wir nicht zu untersuchen; jedenfalls hat sie die Wirkung, daß dadurch 250 000 Genossen in Berlin und seinen Vororten, der meiste Theil der sozialdemokratischen Wählerschaft, von jedem mitbestimmenden Einfluß auf die geistigen Strömungen, auf die innere Entwicklung der Partei so gut wie ausgeschlossen sind.“

Es ist richtig, daß dem „Vorwärts“ von einigen Partei-Mitgliedern im Laufe der Jahre wiederholt der Vorwurf gemacht worden ist, er sei nicht genug „führendes Blatt“. Falls dies aber ist, dann, was der Verfasser des Artikels sagt: „Belamitlich sieht der „Vorwärts“ seine Aufgabe als führendes Organ darin, nicht zu führen.“

Alleerdings ist die Führung in Parteifragen, die der „Vorwärts“ als seine Aufgabe ansehen muß, durch seine besondere Stellung als Zentralorgan beeinflusst. Es kann nicht eine Führung sein, die durch Aufzählung und Hebertreibung einzelner Streitfragen die Gegensätze ohne Noth erweitert, die Stimmungen in den Parteikreisen erwidert.

Damit fällt auch die Meinung des Verfassers in sich zusammen, als ob die Parteigenossen in Berlin und in den Vororten Berlins bei der jetzigen Einrichtung des „Vorwärts“ „von jedem mitbestimmenden Einfluß auf die geistigen Strömungen, auf die innere Entwicklung der Partei so gut wie ausgeschlossen sind.“

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Wir glauben uns gegen den Vorwurf der „praktischen Politik“ in diesem Sinne nicht des ausführlichen verteidigen zu müssen, da die ganze Auffassung des Verfassers, daß die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten in der Partei sich auf einen Gegensatz zwischen proletarisch-revolutionärer Arbeiterklasse und praktischer Kleinbürger zurückführen lassen, eine gründlich verkehrte ist.

Wir glauben uns gegen den Vorwurf der „praktischen Politik“ in diesem Sinne nicht des ausführlichen verteidigen zu müssen, da die ganze Auffassung des Verfassers, daß die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten in der Partei sich auf einen Gegensatz zwischen proletarisch-revolutionärer Arbeiterklasse und praktischer Kleinbürger zurückführen lassen, eine gründlich verkehrte ist.

einigen Parteiforderungen geäußert worden und konnte nie Anhang finden, weil sie allen tatsächlichen Verhältnissen widerspricht. Schon die einfache Tatsache, daß auf Seiten der „praktischen Politiker“ aus großindustriellen Arbeiterschichten hervorgegangene Parteiführer ebenso stehen, wie auf Seiten der „proletarisch-revolutionären Richtung“ Genossen, die Kleinbürgerlicher Herkunft sind, zeigt die Irrigkeit der Anschauungen des Kritikers.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Allerlei aus Spanien.

Auf Spanien liegt es seit dem Schluß der Cortes wie ein Alp. Fast scheint es, als sei alle Impulsivität, alles Interesse an den öffentlichen Vorgängen aus dem Volksgemüth entwichen. Darunter leiden nicht minder die extremen Parteien, die fortschrittlichen Republikaner und die Karlisten, wie die „gemäßigten“ Liberalen und Konservativen, ja unter der Anhängerschaft des Republikanismus ist vielleicht die Indifferenz am größten.

In übrigen herrscht jedoch unter den Sozialisten keineswegs Entmutigung, wie sich schon darin zeigt, daß das Nationalkomitee beschlossen hat, baldigt eine allgemeine politische und gewerkschaftliche Agitationskampagne im Lande zu eröffnen, zu welcher die Mittel durch freiwillige Beiträge der sozialistischen Vereine und der Fachgenossenschaften aufgebracht werden sollen.

Genau ist auch Wünsche seitens der Berliner Parteigenossen geäußert worden, die nicht erfüllt wurden, Wünsche derart, wie sie in den besagten Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kamen, die aber nichts gemein haben mit den Ausstellungen, die in der „Leipziger Volkszeitung“ unberechtigter Weise gemacht wurden.

Kolonien verloren haben, trägt der Ozean ohne Aufhören Gruppen von wandelnden Leichen an unser Westküste, die es gilt, wieder in Menschen zurückzuverwandeln. Nichts ist dem allgemeinen Wohl so nützlich, als dazu beizutragen, daß diese vielen Tausende von jungen Männern, die ihr friedliches Handwerk mit dem Waffendienst vertauschen mußten, bald ihre Kräfte und Nützlichkeit zurückgewinnen, damit durch ihre Intelligenz und ihre Arbeit sich die Fruchtbarkeit der Felder und die Produktion in den Werkstätten wieder hebt und neuer Schwung und neues Gedeihen in alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit zurückkehrt.“

Der Ausdruck „Leichen“, den der Erzbischof für die aus Cuba und von den Philippinen zurückkehrenden Soldaten gebraucht, ist übrigens durchaus ihrem Zustande angepaßt. Thatsächlich kommen die meisten der Soldaten als zerlumpte, ausgegemergelte Jammergestalten an und oft spielen sich bei der Ausschiffung zwischen ihnen und ihren herbeigekommen Angehörigen herzbrechende Szenen ab.

Daß derartige traurige Erfahrungen nicht zu neuen Waffentänzen begeistern, liegt auf der Hand; aber man beginnt auch sonst einzusehen, daß die Philippinen bisher vornehmlich dazu gebient haben, für das spanische Beamtenhum einträgliche Kosten zu schaffen und daß im übrigen der Handelsnugzen zu den Opfern an Blut und Geld, welche die Philippinen bereits Spanien gekostet haben, in gar keinem Verhältnis steht.

Table with 3 columns: Year, Import from Spain, Import from Philippines. Rows for years 1800 to 1896.

Nebrigens sollen, wie berichtet wird, auch die amerikanischen Kommissäre in Paris wenig geneigt sein, unter den jetzt in der Kolonie herrschenden Verhältnissen Luzon und die Bisayas-Gruppe zu übernehmen: ein Umstand, der durch die Berichte des Generals Merrit, der an Ort und Stelle Einsicht in das Getriebe genommen hat, herbeigeführt ist.

Der „Liberal“ hat in letzter Zeit mehrere herbortragende Deputirte und Politiker interviewen lassen über ihre Ansichten bezüglich des letzten Krieges und der jetzigen politischen Lage in Spanien, darunter auch Pablo Iglesias, den Führer der sozialistischen Arbeiterpartei.

Ueber das Verhältnis der spanischen Sozialisten zur Bourgeoisie äußert sich Iglesias folgendermaßen: „Die Arbeiter, die Sozialisten, betrachten die Regierungsform keineswegs als gleichgültige Sache. Aber höher als alle diese Formen, unter welchen wir natürlich am meisten zur Republik neigen, stehen uns unsere persönlichen Rechte, und wir werden immer dem unsere Unterstützung geben, der sie wiederherzustellen sucht, wenn man sie uns nimmt.“

Belustigend ist es, die Bemerkungen der größeren spanischen Blätter über den Stuttgarter Parteitag zu verfolgen. Der Vogel hat der „Imparcial“ abgeschossen. Er läßt sich aus Berlin berichten, daß Liebtucht demnachstige schreckliche Katastrophen für Italien, Ungarn und Deutschland angelündigt und gesagt hätte: „Wir wünschen nicht die Revolution herbei, aber wir machen sie uns zu nütze.“

Kommunales.

Die von den städtischen Behörden beschlossene Aufhebung der Rautionen der Bediensteten der Stadt Berlin soll vom 1. April 1899 in Kraft treten. Hierdurch ist es notwendig, anderweit Bestimmung über die Höhe der den Geldherbergen anzuvertrauenden Gelder und Quittungen zu treffen.

15 000 M.; 4. den Rezeptoren der Friedrich-Wilhelm-Kassette und der von Wiedereröffnung bis zur Höhe von 1200 M.; 5. den Stadtwachmännern bei der städtischen Feuerzettelerei bis zur Höhe von 12 000 M.; 6. den Geldverhebern bei den städtischen Werken (wie unter 2) bis zur Höhe von 30 000 M. und 7. den Aufsehern, Portiers und Wächtern bei den städtischen Markthallen, denen die Erhebung des Tages-, Stand- u. Gelbes resp. der Geldtransport zur Hauptkasse der städtischen Werke übertragen ist, bis zur Höhe von 3000 M.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule, „Luisenhof“, Rudowstr. 9, Ecke Dresdenstr. 2 Tr. Die Vortragssabende haben in vergangener Woche begonnen und zwar Montag: Rede-Übung, Dienstag: Geschichte, Donnerstag: Gesehenswürdigkeiten, Freitag: Nationalökonomie. (Näheres siehe im Lehrplan im Inkrontentheil.) In allen Fächern werden in dieser Woche noch Teilnehmer aufgenommen. Interessenten wollen die sich bietende günstige Gelegenheit zum Besuch der einzelnen Kurse jetzt noch benutzen, da in den genannten Fächern nur die Einleitungen gegeben sind, welche nicht allein sehr interessant, fesselnd und gemeinverständlich vorgetragen wurden, sondern auch den Beweis liefern, daß die folgenden Vortragssabende von dauerndem praktischen Wert für die Hörer wie für die Allgemeinheit sein werden. Die Herren Vortragenden gehen mit außerordentlichem Fleiß an ihre Aufgaben; es ist uns in letzter Stunde noch gelungen, für Gesehenswürdigkeiten eine tüchtige Kraft, Herrn Rechtsanwalt Kolb, zu gewinnen. Der erste Besuchsabend ist frei und laden wir die Parteigenossen und Genossen nochmals hierdurch ein.

Der Vorstand.

Die arbeiterfeindliche Haltung, welche die liberale Presse bei Lohnbewegungen regelmäßig einzunehmen pflegt, trat bei Gelegenheit des Ausstandes im Vergoldergewerbe wieder einmal recht deutlich in die Erscheinung. Als die Goldbleichen-Fabrikanten vorige Woche beschlossen hatten, durch Aussperrung von 5-600 Vergoldern 18 freireichere Vererber der Firma Aug. Bernmeister zur Rückkehr auf ihre Arbeitsplätze zu zwingen, brachten die „Voss. Ztg.“, die „Berl. Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“ einen Artikel des Herrn Weigert, worin dieser die Maßregel der Fabrikanten dadurch zu rechtfertigen sucht, daß er die Arbeitsniederlegung der Vererber als eine unrichtige Maßnahme hinstellt, zu der gar kein Grund vorliege, da Herr Bernmeister sich zur Bewilligung der geforderten Lohnhöhung bereit erklärt habe. Auf diese einseitige, lediglich im Interesse der Fabrikanten erlassene Darstellung des Herrn Weigert sandte der Vorsitzende des Verbandes der Vergolder den genannten drei liberalen Zeitungen eine Entgegnung, worin er verschiedene unzutreffende Angaben des Weigert'schen Artikels richtig stellte. Die Objektivität der liberalen Blätter, die der Auffassung der Fabrikanten bereitwilligst Raum gewährt hatten, ging aber nicht so weit, die Entgegnung der Arbeiter auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Diese einseitige und tendenziöse Stellungnahme zu einer Lohnbewegung — übrigens bei der bürgerlichen Presse eine allseitige Erscheinung — wird aber noch weit übertroffen durch die entstellten Berichte, welche zwei liberale Blätter über die am Freitag vor dem Gewerbegericht verhandelte Klage des Herrn Bernmeister gegen seine freireichere Arbeiter bringen. Die „Berl. Ztg.“ schreibt: „Ein Vergleich, der von den Arbeitgebern noch während der Verhandlungen den Arbeitern angeboten worden war, kam nicht zu stande.“ In der „Voss. Ztg.“ ist zu lesen: „Ein Vergleich, der von den Arbeitgebern während der Verhandlung mit den Verfolgten angebahnt worden war, wurde dadurch vereitelt, daß der Vertreter der Vererber, der Gewerkschaftssekretär Willarg, diese plötzlich, als sich die Arbeitgeber zu einer Verabredung zurückgezogen hatten, nach Hause schickte. Der Inhaber der klägerischen Firma gab hierauf die Erklärung ab, daß er nunmehr jeden Vergleich ablehne.“

Diese Berichte sagen gerade das Gegenteil von dem, was sich in Wirklichkeit zugetragen hat. Nicht der Arbeitgeber hat einen Vergleich angeboten, sondern die Arbeiter haben sich, wie in den beiden vorhergehenden Terminen, so auch in der Verhandlung am Freitag, zu einem Vergleich bereit erklärt. Die dahin gebenden Vorschläge der Arbeiter, welche sowohl der Gerichtsvorsitzende, wie auch der Arbeitgeber, Weigert unterzeichnet, wurden dagegen von dem klägerischen Arbeitgeber zurückgewiesen. Er wollte ein Urteil haben, in welchem ausdrücklich gesagt wird, daß die Arbeiter, indem sie die angefangene Arbeit nicht vollendeten, Kontraktbruch begangen haben. Der Bericht der „Voss. Ztg.“ stellt die Sache so dar, als habe Willarg die besagten Arbeiter fortgeschickt, um eine in Aussicht stehende Einigung zu hintertreiben. Wer der Verhandlung beigewohnt hat, muß wissen, daß Willarg, als sich die Arbeitgeber zu einer Verabredung zurückgezogen hatten, gar nicht mit den besagten Arbeitern in Verhandlung kommen konnte, denn dieselben waren überhaupt nicht im Gerichtssaal anwesend. Sie hatten es vielmehr — wie Willarg in der Verhandlung erklärte — auf den Rath ihrer Vertreter vorgezogen, sich schon vor Beginn des Termins zu entfernen, und zwar deshalb, damit Herr Bernmeister, der im vorigen Termin durch den Anblick der Streitenden sehr erregt worden war, in diesem Termin ruhiges Blut behalte und sich den Einigungsvorschlägen der Arbeiter zugänglich erweise.

Das ist vor dem Gewerbegericht ausführlich erörtert worden. Die Vorgänge spielen sich mit solcher Deutlichkeit ab, daß ein Mißverständnis der Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ und der „Berl. Zeitung“ vollständig ausgeschlossen ist. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß die genannten Blätter oder deren Berichterstatter die Thatsachen absichtlich in ihr Gegenheil verkehrt haben, um die Arbeiter und ihren Vertreter zu verunglimpfen, damit das Bild von den friedlichen, nachgiebigen Fabrikanten, und den verhetzten, stürzenden Arbeitern, die auf keinen Fall den Frieden wollen, in den Köpfen der bürgerlichen Zeitungsleser ja nicht mehr verwischt werde.

Das städtische Obdach im Jahre 1897/98. In dem Familienbuch ist die Frequenz im letzten Jahre gefolgt. Es nahm 1897/98 (bezw. 96/97) auf: 1178 (1167) Familien mit 3694 (3649) Köpfen, außerdem 2337 (2200) Einzelpersonen, zusammen 6031 (5849) Obdachlose. Darunter waren 506 (500) Säuglinge und 881 (837) 1-6 Jahre alte, sowie 820 (879) 6-14 Jahre alte Kinder. 6771 (6597) waren aus Preußen, davon 2689 (2604) in Berlin geboren; der Rest war aus anderen deutschen Staaten oder dem Auslande. Von den Familien bestanden aus Männern mit Frauen und Kindern 217 (188), Witwen mit Kindern 32 (43), Ehefrauen mit Kindern 414 (404), Witwen oder geschiedenen Frauen mit Kindern 132 (85), Männern mit Frauen ohne Kinder 53 (41), weiblichen Personen mit unehelichen Kindern 325 (321). Unter den 716 (761) mit ihren Familien aufgenommenen Männern waren 208 (327) Arbeiter ohne weitere Angabe, 369 (357) Handwerker einschl. Gehilfen, 21 (45) Kaufleute, 9 (6) Beamte, 24 (26) dienende Personen. Unter den einzeln aufgenommenen Personen waren 1693 (1615) Männer, und zwar 531 (530) Arbeiter ohne weitere Angabe, 853 (804) Handwerker einschl. Gehilfen, 127 (127) Kaufleute, 34 (40) Beamte, 118 (114) dienende Personen. Von den Familien wurden 930 (886), von den Einzelpersonen 1851 (1751) nur einmal in demselben Jahre aufgenommen, die übrigen zwei- oder dreimal, manche noch öfter. Wird den aufgenommenen Personen der Bestand aus dem Vorjahre zugezählt, so wurden überhaupt 6217 (5651) Obdachlose verpflegt. Im Durchschnitt waren täglich 170 (157) zu verpflegen. Im ganzen Jahre wurden 65 296 (57 460) Verpflegungstage geleistet, davon kamen auf Männer 29 213 (27 609), Frauen 18 396 (15 958), Säuglinge 6214 (6056), Kinder unter 6 Jahren 6266 (4508), Säuglinge 6204 (4836). Beiträge zur ersten Beirthe (3-15 M.) erhielten bei der Entlassung 2529 (2487) Personen im Gesamtbetrage von 22 557 (22 200) M., doch wurde in 399 (78) Fällen direkt an den Vermietter gezahlt, um einer Verwendung der Miethunterstützung zu anderen Zwecken vorzubeugen.

Auch die Abtheilung für nächtliche Obdachlose hat im letzten Jahre wieder eine Steigerung der Frequenz gehabt. Sie be-

herbergte 1897/98 (bezw. 1896/97): 802 180 (200 705) Männer, 9155 (9550) Frauen, 143 (102) Kinder, zusammen 811 508 (800 847) Personen. Von den Männern hatte das Minimum der Juni 1897 mit 11 845, das Maximum der Januar 1898 mit 51 464 Personen. Die geringste Tagesfrequenz (2. Juli 1897) war 298, die höchste (6. Februar 1898) 2084. Unter den aufgenommenen Männern sollen, dem Verwaltungsbericht zufolge, 147 650 (137 925) Handwerker (einschl. Gehilfen) und 154 596 (152 870) Arbeiter (ohne weitere Bezeichnung) gewesen sein. Nach dieser Angabe wären andere Berufe überhaupt nicht vertreten gewesen, — was bekanntlich den Thatsachen nicht entspricht. Zum ersten Male anwesend waren 6292 (6719) männliche, 262 (198) weibliche, wiederholt anwesend 295 954 (284 120) männliche und 6000 (5812) weibliche Personen. Wegen zu häufigem Kommen wurden 3658 (3749) männliche, 56 (116) weibliche dem Amtsamt zur Bestrafung vorgeführt; wiederholt verwahrt wurden 19 202 (18 099) männliche, 390 (418) weibliche. Einem Kronenhaus wurden 954 (1068) männliche, 189 (162) weibliche Personen überwiesen. Unter letzteren waren allein 88 (76), die im vorgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft das Obdach aufgesucht hatten und wegen Geburtswehen ins Kronenhaus gebracht werden mußten. Diese eine Zahlenangabe genügt, um erkennen zu lassen, welches fürchterliche soziale Elend sich hinter den Mauern des Obdachs verbirgt.

Die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten hat in diesem Jahre weit bis in den September hinein zahlreiche Opfer gefordert, nachdem die erste Hälfte des diesjährigen Sommers ungewöhnlich wenig Sterbefälle dieser Art gebracht hatte. In Berlin starben, nach den bis jetzt veröffentlichten vorläufigen Wochenberichten des Berliner Statistischen Amtes, in den vier Wochen vom 21. August bis 17. September 1898 besonders an Magen-Darmkatarrh 69, 76, 51, 57, im ganzen 253, an Diarrhoe 60, 81, 87, 82, im ganzen 319, an Verschürfung 167, 146, 192, 101, im ganzen 596, an diesen 3 Krankheiten zusammen 295, 308, 270, 240, überhaupt 1169 Personen, — wie immer, fast nur Kinder bis zu 2 Jahren. (In den 4 vorhergehenden Wochen vom 24. Juli bis 20. August waren im ganzen an Magen- und Darmkatarrh 147, an Diarrhoe 186, an Verschürfung 287, zusammen 620 Personen gestorben.) Eine fürchterliche Höhe hat die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten namentlich in den Arbeitervierteln erreicht. Vom 21. August bis 17. September starben an den genannten drei Krankheiten z. B. im östlichen Theil des Straßener Viertels 88, im östlichen Theil der jenseitigen Lohmisenstadt 90, in der Oranienburger Vorstadt 108, auf dem Wedding 161, in der Köpenicker Vorstadt 235! In den vorwiegend von einer wohlhabenden Bevölkerung bewohnten Stadtvierteln, in den Ständehaus-Bezirken I, II, III, IVa, XIIa Centrum, Friedrichshagen, Schöneberger Vorstadt, westlicher Theil der Tempelhofer Vorstadt, vorderer Theil von Moabit starben in vier Wochen zusammen nur 53 Personen an den genannten Darmkrankheiten, in dem übrigen Berlin dagegen 1055, d. h. fast 20mal soviel. Dieser gewaltige Unterschied läßt sich nicht durch reicheren Kindersegen allein erklären. Es kamen z. B. im Jahre 1896 auf das ganze übrige Berlin noch nicht 1mal soviel Lebendgeborene wie auf das oben bezeichnete, vorwiegend von Wohlhabenden bewohnte Gebiet. — In den Vororten ist die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten in der zweiten Hälfte des August und der ersten des September gleichfalls erheblich höher gewesen als in den vorhergehenden Wochen. Nach den vorläufigen Wochenberichten des Gesundheitsamtes (die nur die drei größten Vororte berücksichtigen) wurden für die 4 Wochen vom 21. August bis 17. September (bezw. für die 4 vorhergehenden vom 24. Juli bis 20. August) aus Charlottenburg 77 (36), aus Wixdorf 131 (74), aus Schönberg 85 (18) Sterbefälle dieser Art gemeldet.

Der Nähmaschinen-Reisende ist ein Proletarier im Handelsgewerbe, dessen Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit zu den ungünstigsten gehören. Eine der bekanntesten überseeischen Nähmaschinen-Firma beschäftigt in ihren hiesigen größeren Filialen je 20-30 Reisende oder „Verkaufs-Agenten“, wie sie diese Leute nennt. Der Verkaufs-Agent darf sich seine Kunden nicht etwa suchen, wo es ihm beliebt, sondern er bekommt vom Geschäftsführer täglich eine bestimmte Häuserliste zugewiesen, deren Bewohner er zu besuchen hat. Damit er diese Arbeit prompt und gewissenhaft erledigt, ist zur Kontrolle ein „Ober-Verkaufs-Agent“ bestellt. Als Lohn für seine Arbeit erhält der Verkaufs-Agent wöchentlich 12 M. Spesen, auf die er jedoch nur in denjenigen Wochen Anspruch hat, wo er wenigstens einen Geschäftsabschluss verzeichnen konnte. Außerdem stehen ihm 15 pCt. des Preises der durch ihn verkauften Maschinen zu. Natürlich kommt es oft genug vor, daß es dem Agenten in einer Woche nicht gelingt, einen Verkauf abzuschließen. Er ist schon sehr zu leben, wenn er im Jahresdurchschnitt pro Woche eine Maschine abgesetzt hat. Die Provision wird dem Agenten aber nicht voll ausbezahlt. Er hat der Firma eine Kaution von 1800 M. zu stellen und da er als armer Teufel natürlich nicht über eine solche Summe verfügt, so wird dieselbe aus Abzügen von seiner Provision gebildet. Die Firma behält anfangs die Hälfte, dann ein Drittel, und endlich ein Fünftel der Provision ein, bis die Kautionssumme voll ist. Aber auch dann erhält er noch nicht die ganze Provision, sondern ein Fünftel der Summe nach er in jedem Falle stehen lassen, bis die von ihm verkauften Maschinen voll bezahlt sind, so daß der Agent statt 15 pCt. nur 12 pCt. ausgezahlt bekommt, während der Rest in der Regel jahrelang in den Händen der Firma bleibt. Nicht selten kommt es vor, daß der Käufer einer Maschine dieselbe wieder zurückgeben muß, weil er mit den Theilzahlungen ins Stoden gerieth. In diesem Falle hat der Agent seine Provision an die Firma zurückzuzahlen. Man kann nach dem Angeführten ermessen, daß der Verdienst eines solchen Agenten nur recht gering ist. Eine etwaige Aufbesserung seines Einkommens ist dem Agenten dadurch abgeschnitten, daß er sich laut Vertrag verpflichten muß, seine volle Thätigkeit ausschließlich dieser Agentur zu widmen. Er darf weder Nähmaschinen noch sonstige Waaren anderer Fabrikanten verkaufen. In dem Vertrage steht auch nicht die bekannte Klausel, auf Grund deren der Agent nach Lösung seines Verhältnisses zur Firma während eines Jahres inmehrbald Deutschlands weder ein Konkurrenzgeschäft selber betreiben, noch in einem solchen thätig sein darf, widrigenfalls er eine Konventionalstrafe von 1800 M. zu zahlen hat. Das Vertragsverhältnis kann jederzeit ohne Kündigung gelöst werden. Früher wurden die Agenten Reisende genannt. Seit Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuchs, welches bekanntlich für Handelsangestellte eine Kündigungspflicht vorschreibt, hat die Firma ihren Reisenden, an deren Vertragsbedingungen im übrigen nichts geändert wurde, die Bezeichnung „Verkaufsagent“ zugelegt, jedenfalls um sie dadurch als Personen zu bezeichnen, die nicht Angestellte der Firma sind und deshalb keinen Anspruch auf die gesetzliche Kündigung haben. Ob der beabsichtigte Zweck damit erreicht wird, mag dahingestellt bleiben.

Ohne Zweifel ist die Lage der Nähmaschinen-Reisenden eine ebenso gedrückte, wie die Verhältnisse all derjenigen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft dem Unternehmern zu verkaufen. Deshalb gilt auch für diese Proletarier im Handelsgewerbe der Rath: Wollt Ihr eure Lage verbessern, dann organisiert Euch!

Weitverbreitet ist die Ansicht, daß der angebl. Nutzen, den die Rabatt-Sparvereine ihren Mitgliedern gewähren, dadurch illusorisch gemacht wird, daß die Gewerbetreibenden das auf Partien laufende Publikum entsprechend schlechter bedienen. Diese Ansicht erhält ihre Bestätigung durch ein Plakat, das viele mit den Rabatt-Sparvereinen unzufriedene Geschäftsleute des Ostens gestern in ihren Schaufenstern ausgehängt haben. Es heißt darin: „Weshalb sind taunende von Gewerbetreibenden aus den Sparvereinen ausgetreten? Antwort: Erstens: Weil sie es unter ihrer Würde halten, das Publikum fernherhin auf das grösste zu täuschen und zwar durch Vorpiegelung einer Rabattgabe, welche entweder auf den Preis der Waare aufgeschlagen oder an der Qualität beziehungsweise am Gewicht derselben abgezogen wurde. Zweitens: Weil sie den Ehrlichkeitsgehalt, das man vom Sparen nur dann sprechen kann, wenn ehrlich erworbenes Geld auf einer Sparkasse angelegt wird und dort Zinsen

trägt. Im Sparverein wird das Publikum nicht allein seitens der Lieferanten über das Obrecht gehauen, sondern der Sparvereins-Vorstand zieht ihm am Schluß des Jahres noch eine erhebliche Summe von dem Erparten ab, anstatt Zinsen dafür zu zahlen. Solchen Schwindeln machen ausländische Geschäftsleute auf die Dauer er nicht mehr mit! Wir fragen das denkende Publikum, ob man das sparen nennen kann, wenn eine Hausfrau dafür, daß ihr 30 M. zu Weihnachten ausbezahlt werden, das Jahr über 40, 50 oder 60 M. theurer einkauft? Ist das nicht der helle Unsin? Die Sparvereine sind nur für die Vorstände da, welche sich auf Kosten derjenigen, welche nicht alle werden, die Taschen fällen.“ Ein offenes Bekenntnis macht immer zur Jubilierung mildernder Umstände geneigt.

In Gastwirthskreisen macht sich eine lebhaftere Bewegung gegen die Konkurrenz eines auf dem Wedding wohnenden Wirthes geltend. Dieser Herr verhängt z. B. eine große Weize für 10 Pf., eine kleine Weize für 5 Pf., ebenso einen viertel Liter Bier für 5 Pf. Nachdem der erste Versuch mit dem wohlfeilen Getränk aufsehend geplatzt ist, beabsichtigt der billige Mann in anderen Stadtvierteln weitere Ausschankstätten zu errichten. Es ist nun einer fürzlich im Weddingpart abgehaltenen Gastwirthsversammlung gelungen, die Brauereien Berlins zu ihrer Unterstützung heranzuziehen und daher hat sich eine wie es scheint, umfassende Agitation gegen die „Schleuderkonkurrenz“ des Wirthes sowohl wie gegen die in letzterseits befindliche Brauerei entfaltet, von der dieser Mann seine billigen Bierlieferungen erhält. Eine Resolution, welche die Veranlassung in der Angelegenheit anmahnt, erbitet in den Appell an die Gastwirths, sie „in diesem Kampf um die Existenz nach Kräften zu unterstützen, dadurch, daß sie ihren Bedarf bei denjenigen Lieferanten bedien, die die Betroffenen nicht in dieser Weise schädigen“.

Der Rektoratswechsel an der Berliner Universität wurde gestern Mittag in der Aula vollzogen. Der scheidende Rektor gab einen statistischen Bericht über die Vorgänge seines Amtsjahres. Der Lehrkörper hat durch Tod vier Mitglieder verloren, die Herren v. Cunn, Raffe, Güterbod und Glau. Von Frauen erhielten im Winter 188, im Sommer 169 die Erlaubnis zum Hören von Vorlesungen. Zum Schluß verordnete Prof. Schmöller die Zusammenfassung des akademischen Senats fürs Jahr 1898/99. Er besteht aus dem neuen Rektor Prof. Waldeyer, dem Richter Geh. Rath Dr. Daube, dem nunmehrigen Prorektor Prof. Schmöller, den neuen Dekanen Kleinert, Gierke, v. Lechler und Schwarz, sowie aus den Senatoren Diels, Kahl, Oldhausen, Reule von Stradonitz und Probenius. Hierauf leitete der jetzige Rektor Waldeyer den vor-geschriebenen lateinischen Eid. Seine Antrittsrede handelte über die Stellung und über neue Aufgaben der Universitäten seit der Gründung des Deutschen Reiches.

Die Korporation Berliner Buchhändler feiert am 1. November d. J. das Fest ihres 50jährigen Bestehens.

Zur Lokalliste. Der Gesangsverein „Freundschaftstreu“ feiert am 22. Oktober in dem gesperrten Lokal Café Gärtner am Hofsteiner Ufer ein Vergnügen, wozu er in Arbeiterkreisen versucht, Billets abzusetzen. Die Lokalkommission.

Ein Schiedsgericht für Streitigkeiten wegen Sachbeschädigungen in Mieträumen soll jetzt in Berlin errichtet werden, und zwar hat sich zu diesem Zweck im Bunde der Berliner Grundbesitzer-Vereine unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsraths im Ministerium des Innern, Lütich, eine Kommission gebildet, welche die vorbereitenden Arbeiten begonnen hat. Das Schiedsgericht soll aus Hausbesitzern und Mietern zusammengesetzt werden und in denjenigen Fällen entscheiden, in denen eine vorherige gütliche Einigung zwischen den Beteiligten nicht zu erzielen war. Es muß seinen eigenen Haften damit haben, daß die Hauswirth für Schiedsgerichte zu schwärmen anfangen.

Der Steckbrief hinter dem des Wortes an der Rosine Kaiser verdächtigen Wegener wird jetzt von der Staatsanwaltschaft I veröffentlicht. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß auf die Ergreifung des Mörders seitens des königlichen Polizeipräsidiums eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden ist. Die Beschreibung des Friedrich Wegener lautet:

Statur: schlant, Größe: 1,663 Meter, Haare: mittelblond, Stirn: gewöhnlich, Augenbrauen: blond, Nase: breit und mit der Frontlinie nach aufwärts gebogen, Zähne: defekt, Gesicht: länglich, Sprache: deutsch, Bart: mittelblonder Schnurrbart, nach längerem Kastriren im Nacken begriffen, Augen: blau, Mund: breit, Kinn: oval, Gesichtsfarbe: blaß, Besondere Kennzeichen: 5 Zentimeter unterhalb des rechten Ohrknorpels ein behaarter Leberfleck, 3 Zentimeter vom linken Mundwinkel eine Wange.

Ein Magistratssekretär wegen Unterschlagung verhaftet. Freitag Nachmittag wurde der Magistratssekretär Paul Meißner, der seit längerer Zeit in Potsdam in der Rodbahnstr. 9 wohnte, verhaftet. Meißner, der verheirathet und Vater von drei Kindern ist, lebte flott und machte einen Aufwand, der über seine Verhältnisse hinausging. Um diesen bestreiten zu können, vergriff er sich schließlich an den Mitteln einer Stiftung, deren Verwaltung ihm unterstellt war, und schädigte auch eine ganze Reihe von Privatleuten. Alle Rechnungen an die Stiftung mußten durch seine Hände gehen, und er zahlte auch den Leuten die angewiesenen Beträge aus. Meißner ging nun so vor, daß er auf Rechnungen und Belegen aus dem vorhergehenden Jahre die Jahreszahl änderte, den Betrag des einmal anweisen ließ und ihn dann in seine eigene Tasche steckte. Zuguterletzt nahm er einer Frau, die eine Forderung von 700 M. an die Stiftung hatte, die Quittung ab, entkauldigte sich, daß er augenblicklich keine Zeit habe, und bestellte die Frau zum nächsten Tage wieder. Unerbessenen erhob er das Geld für sich und ließ sich am anderen Tage nicht mehr sehen. Mit dieser Angelegenheit fiel zeitlich der Termin zusammen, an dem Meißner größere Darlehne zurückzahlen sollte. Bei Privatpersonen hatte er zunächst kleinere Anleihen gemacht und pünktlich zurückgezahlt. Nachdem er sich so das Vertrauen der Leute gewonnen und gesichert hatte, wußte er sich größere Summen zu verschaffen, an deren Rückzahlung er nicht dachte. Als er sich nicht mehr halten konnte, nahm er vor einiger Zeit einen Urlaub. Eine Durchsicht der Bücher der Stiftungsverwaltung deckte dann bald die Unterschlagungen auf und Meißner wurde vom Amte vorläufig entbunden. Die Unterschlagungen belaufen sich, wie verlautet, auf 3000 M.; die Summe, um welche Privatpersonen geschädigt worden sind, liegt sich bisher noch nicht feststellen, zumal da manche Geschädigten mit ihren Angaben zurückhalten. Ein Verwandter des ungetreuen Verwalters erbot sich, die Summe, um die das Stiftungsvermögen gekürzt ist, zu ersetzen. Trotzdem wurde aber Meißner in seiner Wohnung von zwei Gendarmen verhaftet und nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Straßenverengung. Die Landbergergstraße zwischen dem Alexanderplatz und der Neumannstraße wird behufs Verengung von Straßenbahngeleisen vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerk und Reiter gesperrt; desgleichen die Königin-Augustastr. zwischen der Goldammerstraße und der Grenze der Grundstücke Nr. 12 und 13.

Der Warden-Plonter Biermann, der während einer Uebung bei Heinersdorf im Streit um eine Flasche Bier von dem Gefreiten Haase mit dem Gewehrkolben über den Kopf geschlagen wurde, ist aus dem Garnisonlazareth zu Hartenwalde entlassen worden und zu seinem Truppentheile zurückgekehrt. Er trägt noch einen Verband um den Kopf und wird als Revierkranker behandelt. Haase befindet sich noch in Untersuchungshaft. Vorgesestern fand vor dem Kriegsgericht durch den Kubitor eine umfangreiche Vernehmung statt.

Das merkwürdige Verschwinden einer Familie verurtheilt in der Gegend des Schönhauser Thores erklärliches Aufsehen. In dem Hause Christinenstraße 4 wohnte der Kaufmann Weisen, dessen Frau am 11. September mit dem Mittagszuge nach Rudowwalde zu fahren beabsichtigte. Am Vormittage des 11. September entfernte sie sich mit ihrem 14jährigen Kinde aus der Wohnung, um vor ihrer Abfahrt noch einige Belordungen zu machen, kehrte jedoch nicht zurück und Mutter und Kind sind seit dieser Zeit verschwunden. Alle Nachforschungen sowohl von privater wie behördlicher Seite blieben

bernecht, nur soviel konnte festgestellt werden, daß Frau B. in Linden-
walde nicht eingetroffen und die Nacht nach dort allem Anschein nach über-
haupt nicht angetreten hat. Der Kaufmann blieb nach dem Verschwinden
der Frau noch einige Tage in der Wohnung, verließ diese sodann
und lebte ebenfalls nicht wieder zurück. Dem Vernehmen nach soll
Frau B. zu seiner hier wohnenden Mutter begeben haben. Nach einiger
Zeit beschwerten sich Hausbewohner darüber, daß aus der B'schen
Wohnung ein unangenehmer Geruch dringe, der den Aufenthalt in
den Nachbarwohnungen fast unmöglich mache. Der Verwalter ließ
infolge dessen die verlassenen Räume öffnen und fand sie in einem
zu unbeschreiblichen Zustande, daß er aus sanitären Gründen die
Reinigung der Räume vornehmen mußte. Da die Wohnung auch
fernerhin verwaist blieb und Miete von niemandem gezahlt wurde,
so klangte der Wirth gegen Frau B. und den Wohnungsinhaber,
die Ermittlung an. Als sich aber auch trotzdem niemand um das
Möbiliar bekümmerte, mußte dieses entfernt und in einem Schuppen
untergebracht werden.

In der Gräunenthal'schen Straffache war gemeldet worden,
der ehemalige Oberfaktor hätte auf seinen Geisteszustand untersucht
werden sollen, er habe dem aber widersprochen und so sei die Unter-
suchung unterblieben. Diese Mitteilung ist nicht richtig. Gräun-
enthal ist vielmehr hauptsächlich auf seinen Geisteszustand hin
genau untersucht worden. Einen dahingehenden Antrag hatte sein
Verteidiger gestellt und zwar mit dem Anbetrachten, Gräun-
enthal zu dem Zwecke in eine Anstalt unterzubringen.
Das Gericht beschloß dem auch, den Angeklagten zur
Beobachtung in eine Anstalt für Geisteskranken unterzubringen.
Diesem Beschlusse widersprach jedoch die Staatsanwaltschaft mit der
Begründung, daß keine Anstalt existire, welche eine ausreichende
Sicherheit gegen das Entweichen der Internirten böte. Daraufhin
hat das Gericht beschloßen, den Angeklagten im Untersuchungs-
gefängnis auf seinen Geisteszustand prüfen zu lassen. In der
schonwähnten Beobachtungszeit hat sich dann nach gerichtlichem
Gutachten ergeben, daß der geistige Zustand Gräunenthal's ganz
normal sei.

Von anderer Seite wird zu der Affaire Gräunenthal noch ge-
meldet, daß die zuständige Behörde an das Gericht das Gutachten
gerichtet hat, den Prozeß gegen Gräunenthal und Genossen unter
Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln zu wollen, da die öffentliche
Erörterung der Mittel und Wege, mit Hilfe deren sich der ehemalige
Oberfaktor die Banknoten-Blanketts verschafft und sie gefälscht hat,
auch dem Laien einen zu tiefen Einblick in die Mythen der Reichs-
druckerie gestatten und dies dem Staatsinteresse leicht gefährlich
werden könne. Wie verlautet, wird das Gericht diesem Gesuche
voransichtlich nur insoweit stattgeben, als alle diejenigen Er-
örterungen, welche interne Verhältnisse der Reichsdruckerie, ins-
besondere die Fabrikation und Aufbewahrung der Reichsdrucker-
scheine betreffen, bei verhandeltem Prozeß gestrichen werden.

Ueber einen abentheuerlichen Raubfall im Hause Kloban-
straße 11a machte das Dienstmädchen Seele, das von ihrem Dien-
herren, Schlächtermeister Hoffmann, gestern Morgen gemeldet in der
Wohnung aufgefunden wurde, vor der Polizei folgende Angaben.
Sie, die S., wollte um 8 Uhr morgens den Wäscheimer nach dem Hof
hinabtragen. Als sie die Korridorthür öffnete, erhielt sie plötzlich
einen heftigen Schlag auf den Kopf; gleichzeitig wurde ihr ein
Tuch über den Kopf geworfen und ehe sie noch einen
Schrei ausstoßen vermochte, drückte ihr jemand die Kehle zu und
riß sie zu Boden. Dann wurden ihr in den
infolge Athemnoth geöffneten Mund die Lippen von einer
Person, welche auf ihr kniete, fest hineingedrückt und dann der durch
den Saure Belästigten die Hände aus dem Rücken zusammengebunden.
Der Räuber, den Schritten nach zu urtheilen war es nur eine Person,
verriegelte dann die Korridorthür und begab sich in die Wohnung.
Als Frau S. an die Thür klopfte, befand sich der Verbrecher noch
in derselben, entfernte sich aber sodann nach wenigen Minuten.
Es war in der Wohnung nichts entwendet, wohl aber waren einige
Möbel aufgehoben.

In der 8. städtischen Fortbildungsschule für Jünglinge und
Erwachsene, Neubauerstr. 23 (in der Nähe des Humboldtthams) haben
in diesem Herbstjahre 600 junge Leute, besonders Kaufmanns- und
Handwerkerlehrlinge, an dem Unterricht theilgenommen. Außer in
den allgemein bildenden Fächern: Deutsch, bürgerlichem, kauf-
männischem und geometrischem Rechnen, wird in französisch und
Englisch in Ober- und Unterkursen, in einfacher und doppelter Buch-
führung, Etymologie für Anfänger und für Fortgeschrittenen,
Wahrscheinlichkeits-, Geometrie, Algebra, Physik, Mechanik, Chemie,
Axiel-, Projektions-, Ornament- und Körperzeichnen, Fachzeichnen für
Gravure- und Lithographen und im Modelliren unterrichtet.
Ferner ist mit der Schule ein städtischer Gewerbeaal und eine
Abtheilung der Berliner Tischlerschule mit ca. 150 Teilnehmern
verbunden, in denen Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer,
Mechaniker, Drechsler und Tischler gelehrt wird. Anmeldungen
nimmt täglich von 12-1 und 7-9 Uhr Nachm. im Schulhause,
Hof links part., entgegen.

Ein neuer Kursus im Schreiben auf der Schreibmaschine
(System Dars-Lod und Remington) wird in der 7. städtischen Fort-
bildungsschule für Jünglinge und Männer, Gräfenstr. 85-88, an der
Kottbuser Brücke, jetzt eingerichtet. Der Unterricht findet Freitag
abends von 7 1/2-9 1/2 Uhr statt. Jedem Theilnehmer werden auf
Wunsch noch besondere Uebungsblätter eingerichtet. Das Unter-
richtsgeld beträgt halbjährlich nur 2 R. Anmeldungen nimmt Herr
Kleber täglich von 12-1 Uhr und von 7-8 Uhr abends
im Amtszimmer entgegen.

In der Dr. Neumann'schen Kinder-Poliklinik, Blumenstr. 78,
wird die Reihe der volkstümlichen Vorträge über Kinderpflege morgen,
Montag, abends 8-9 Uhr, fortgesetzt. Thema: Welche Krankheiten kommen
von den Säuglingen? Zutritt haben nur Frauen.

Feuerbericht, Freitag Abend 12 Uhr brannten Oranien-
straße 8 Kunden und Germpel im Keller. Kurz darauf gingen
Engelstraße 1b in einem Kesselhause Abfälle in Flammen auf.
Zimmerbrände waren Welle-Allianzstr. 27 und an der
Stadtbahn 1 abzuwickeln. Weinst. 16 mußte ein Schorn-
steinbrand beseitigt werden. Ein Küchenbrand verursachte Sonnabend
Nachmittag 4 Uhr Vorm. nach Oderbergerstr. 50. Kurz darauf
hatte Alvenslebenstr. 8 die Schmelde Feuer gefangen, das
aber noch rechtzeitig abgelöscht werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Marientdorf, Tempelhof. In der heute Nachmittag 3 1/2 Uhr
bei Tempelhof in Marientdorf stattfindenden Versammlung erfolgt
die Ernennung der Vertrauensleute. Zahlreiches Erscheinen ist
erforderlich.

Für Johannisthal, Nieder- und Ober-Schönebeck findet heute
Abend 6 Uhr bei Wastian in Johannisthal eine Parteiver-
samlung für Männer und Frauen statt, in der Köster vom Parteivor-
stand Bericht erstatten wird. Ferner erfolgen Reuwohlen. Zahlreiches
Erscheinen erforderlich. Der Vertrauensmann.

Grünau. Heute, Sonntag, findet im Lokale des Herrn
G. Lindenbain eine öffentliche Volksversammlung für Männer und
Frauen statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete H. Zubeil
über den Stuttgarter Parteitag referiren wird. Außerdem hat die
Wahl des Vertrauensmannes und der Lokalkommission zu erfolgen.
Die Genossen der umliegenden Orte sind freundlichst eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Bankow. Der nächste Bes. Abend des Arbeitervereins ist am
Dienstag bei Göder, Mühlstr. 24. Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Die Parteigenossen von Köpenick werden darauf aufmerksam
gemacht, daß die Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeiter-
vereins am Dienstag bei Adolf Schulz, Schönfelderstraße, 8 Punkt-
lich abends 8 Uhr, stattfindet. Der wichtigen und reichhaltigen
Tagesordnung wegen werden die Genossen erucht, recht zahlreich
und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Das Radfahren auf dem Kurfürstendam. Die polizeiliche
Regelung des Radfahrens auf dem Kurfürstendam, für dessen
Berliner Theil von der Widmannstraße an der Polizeipräsident
leichen das Radfahren verboten hat, wird demnächst eine Er-
gänzung erfahren, welche den Rest der auf dem Auguste-
Victoria-Platz regelt. Der Magistrat von Charlottenburg
hat einer Polizeiverordnung seine Zustimmung erteilt, welche den
Radfahrern das Radfahren auf dem Plage vor-
schreibt. Die Anordnung bezieht sich jedoch bloß auf die östliche und
die südliche Seite des Plazes an der Gedächtnisstraße.

In Folge des Mangels an kleinen Wohnungen in
Charlottenburg hatte die dortige Amtsdirektion, wie berichtet,
beim Magistrat beantragt, das Paradenlager, die sogenannten
Cholebaraden am neuen Fürstendammweg, den Wohnungs-
losen zu überweisen. Die königl. Polizeidirektion hat jetzt zu dem
Plane ihre Zustimmung gegeben. Der Magistrat hat demgemäß
beschlossen, bei der Stadtverordneten-Versammlung die Mittel zum
Anbau der Baracken zu Wohnungszwecken zu beantragen. Es sollen
im ganzen etwa zehn Familien auf diese Weise untergebracht werden.

Aus Spandau wird uns berichtet: In der Stadtverord-
neten-Versammlung am Donnerstag wurde aufs neue die
Bauausführung der Kanalisationskanäle einer recht abfälligen Kritik
unterzogen. Der Magistrat verlangte nämlich wiederum Be-
willigung des Kredits für die Kanalisationsarbeiten, welche ohne die
vorherige Genehmigung der Stadtverordneten eine Reise nach ver-
schiedenen Städten zur Beschaffung von Kanalisationswerken unter-
nommen hatte. Diesmal verlangte der Magistrat jedoch nur Be-
willigung von 1250 M., während er in der vorigen Versammlung
1500 M. forderte. Unser Parteigenosse Pieper beantragte Ab-
kehrung der Vorlage, da er von der Nothwendigkeit der Werke
noch immer nicht überzeugt sei. Genosse Dutschke zitierte
eine Zeitungsnote, wonach die Röhren in der Wilhelmstadt
so schlecht gelegt seien, daß die Ruffen mehrere Finger
breit auseinanderstünden, jedoch unbedingt eine
Verlegung der Röhren stattfinden müsse. Er forderte
dringend Rechenschaft hierfür und meinte, der Unternehmer, der diese
Arbeiten so schlecht ausgeführt, gehöre vor den Staatsanwalt.
Die Stadtverordneten Reuber und Meinecke stimmten diesen
Anträgen bei. Es wurde schließlich Verabredung beschloßen, Abdam
wurde über die vom Minister des Innern durch den bekannten Erlaß
angeregte Vernehmung der Polizeiorgane verhandelt.
Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung aufdringend den
Magistratsvorlage, von einer Vermehrung zur Zeit Abstand zu
nehmen, dagegen zwei Polizei-Organen derselben zu machen.
Interessant waren einige Ausführungen des Oberbürger-
meisters Koelye. Er kam auf die Alarmnachrichten der
bürgerlichen Presse über die „Angriffsarmee“ der Arbeiter
während des letzten Bauarbeiterstreiks und auf die „Brandstiftungs-
affäre“ zu sprechen und meinte: „Was den angeblichen Aufruhr
und die Brandstiftung anbelangt, so sind wir ordentlich
hinter das Licht geführt worden; die auswärtige Presse hatte hier-
über einseitig zu berichten und dabei mußten wir gar nichts davon;
es muß doch hier in Spandau ein Korrespondent existiren, welcher den
auswärtigen Zeitungen diese unwahren Nachrichten zufommen ließ.“
Ferner zitierte der Oberbürgermeister eine Zeitungsnote, wonach die
Spandauer Polizei-Organen „jezt“ mit Revolvern ausgerüstet seien.
Die Bewaffnung mit Revolvern sei schon vor 7 Jahren erfolgt;
glücklicherweise sei in dieser ganzen Zeit nur ein Fall vorgekommen,
in welchem ein Beamter von dem Revolver Gebrauch machte. Man
könne ja annehmen, daß nicht mehr Ausschreitungen vorgekommen
seien, weil die Polizeigenossen mit Revolvern bewaffnet wären.

Theater.

Wochen-Spielplan der hiesigen Bühnen. Opernhaus.
Sonntag, 16. „Hedda“, Montag, 17. „Der Ring des Nibelungen“.
4. Abend: „Höflichkeit“, (Elegie); Herr Gehring, Urbinde;
Frau Ellen Walbran, Albert; Herr Fritz Friedrich als Gabe.
Anfang 6 1/2 Uhr. Dienstag, 18. 2. Einakter: „Abend der fän-
glichen Kapelle“. Mittwoch, 19. Uebung: „Die Schöne und das
Brot“, 19. „Die Schöne und das Brot“, Donnerstag, 20. „Don Juan“.
Freitag, 21. „Coburgin“, Anfang 7 Uhr. Sonnabend, 22. „Cavalleria
rusticana“, „Bajazzo“, Sonntag, 23. „Gedächtnis Albert Vorpings“.
„Andine“, Anfang 7 Uhr. Montag, 24. „Garnier“ — „Schauspiel-
haus“, Sonntag, 16. Oktober: „Auf der Sommerseite“, Heinrich Bülow;
Herr Emil Thomas als Gabe. Montag, 17. „Auf der Sommerseite“, Herr
Emil Thomas a. G. Dienstag, 18. „Gedächtnis“, Mittwoch, 19. „Auf
der Sommerseite“, Herr Emil Thomas als Gabe. Donnerstag, 20.
„Ein Sommerabend“, Freitag, 21. „Auf der Sommerseite“, Herr
Emil Thomas a. G. Sonnabend, 22. „Der Burggraf“, Sonntag, 23.
„Auf der Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Montag, 24. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Dienstag, 25. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Mittwoch, 26. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Donnerstag, 27. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Freitag, 28. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Samstag, 29. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Sonntag, 30. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G. Montag, 31. „Auf der
Sommerseite“, Herr Emil Thomas a. G.

Das Deutsche Theater hat für diese Woche folgenden Spielplan:
Sonntag Abend: „Cyrano von Bergerac“, Montag: „Das Vermächtnis“;
Dienstag und Mittwoch: „Cyrano von Bergerac“, Donnerstag: „Das Ver-
mächtnis“, Freitag: „Cyrano von Bergerac“, Sonnabend: „Robbins“, nächst-
folgenden Sonntag Abend: „Cyrano von Bergerac“, Nachmittagsvorstellungen:
heute Sonntag: „Die verurtheilte Waise“, nächsten Sonntag: „Der Hühner-
Koch“, im Schiller-Theater wird heute, Sonntag, Nachmittags die
Waldschloß-Oper wiederholt, beginnend mit dem Prolog, gesprochen von
Ewald Bach, anschließend „Waldschloß-Oper“ und „Die Piccolomini“.
heute Abend wird das Bühnenstück „Koblenz“ im Schauspielhaus
aufgeführt, Montag „Bartel Dursler“ gegeben. Dienstag geht zum
ersten Male „Hofmann's Lehrling“ von Krönung in Szene und
wird Mittwoch und Donnerstag wiederholt. Freitag und Sonn-
abend findet eine Aufführung der „Waldschloß-Oper“ statt. —
Im Abend-Carl-Weiß-Theater gelangt heut. Nachmittags bei
halben Preisen „Die Welterbahn“ zur Aufführung. Abends 7 1/2 Uhr
geht die lustige Fosse „Robert und Bertram“ in Szene. Am
Wittwoch beginnt das Schauspiel von Chas. West mit dem Mittel-
spiel „Das Räthsel von Deilbrunn“. — Im Palais
Theater wird heute Nachmittags der Kaufmann von Senebier
gegeben. — Das Aufwartungs-Schauspiel „Rene Tefel“ im Olympia-
Theater geht heut. Sonntag, zum 2. Male in Szene. Die humoristi-
schen „Im Herzen Berlins“ sind um neue Epochen bereichert
worden. Auch die Sonntag-Vorstellungen beginnen jetzt um 8 Uhr. —
Repertoire der Urania: Im Theater täglich 7 1/2 Uhr: „Photographie in
natürlichen Farben“, 8 Uhr: „Die Urnen des Menschen“, — Im Odeon:
Dienstag: Herr G. Witt: „Moderne Sternwarten und Teleskope“, Donner-
stag: Herr Hauptkassier Körber: „Die Dame zu Hirschberg und Strahlburg“,
Freitag: Herr Dr. Hah: „Kerze und Lampe“, Sonnabend: Herr Dr. Schwob:
„Die Eingebungen der Oberkammer“, — In der Kunst-Schaubühne
(Direktion Dr. Köppen und Dr. Stöbner) findet heute Nachmittags 5 1/2 Uhr
(im alten Urania-Theater, Invalidenstr. 57) der angeforderte Vortrag: „Eine
Reise durch Spanien“ von dem Schriftsteller Konrad Alberti statt. — Im
Berliner Theater findet die Verkaufsführung des Schiller'schen Schauspiel-
platzes „Das Ende“, die bereits zum vierten Male verhandelt werden mußte,
am 26. Oktober statt. — Im Theater des Reichens geht Freitag
„Martha“ mit dem königlichen Kammerling Herrn Emil Göge als Wast
in Szene.

Geriichts-Beitrag.

Für Vereine wichtig ist ein Prozeß, der am 14. Oktober vor
der 4. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin gegen die Wirt-
schafter des Handwerkervereins 1898 zu Buchmühle und den Ge-
wirthe des Vereins, Herrn Nagel, wegen Veranstaltung einer un-
erlaubten Tanzlustbarkeit verhandelt wurde. Der Verein ver-
folgt in erster Reihe Bildungszwecke, gehört also nicht zu den bloß
zur Veranstaltung von Vergnügungen zusammengesetzten Vereinen,
deren Veranstaltungen sich einer polizeilichen Erlaubnis bedürfen.
Am 6. März 1898 feierte er im Saale des Angeklagten Nagel sein
Stiftungsfest durch eine Tanzlustbarkeit, an der außer den Mitgliedern
auch eingeladene Gäste aus dem Kreise der Verwandten und Freunde
der Mitglieder theilnahmen. Von Mitgliedern und Gästen wurde
ein Gelderobergeld von 75 Pf. für jeden Herrn, 25 Pf. für jede
Dame erhoben. Der Gendarm verbot den Tanz als eine unzulässig
öffentliche Tanzlustbarkeit, doch tonnte man verweigert werden.
Darauf gab es Strafanzeige an die Vorstandsmitglieder und den
Wirth, und das Schöffengericht zu Alt-Landsberg befähigte

diese. Es sah das Gelderobergeld als ein Eintrittsgeld an und
hielt sich an eine Bestimmung der Ober-Präsidentalverordnung
vom 14. Juni 1892, wonach alle Tanzlustbarkeiten aus-
geschlossen sind, wenn die Tanzlustbarkeit eine öffentliche
Tanzlustbarkeit ist. Gegen dies Urtheil legte die Angeklagte Berufung
an das Landgericht II ein. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang
Heine, begründete diese in der Verhandlung dahin, daß die Ober-
Präsidentalverordnung gerade in dem entscheidenden Punkte nicht
giltig sei. Die Polizei habe kein Recht, in die Veranstaltungen
geschlossener Gesellschaften hineinzufahren, und durch die Erhebung
eines Eintrittsgeldes werde ein nichtöffentlicher Tanz nicht zu einem
öffentlichen. Der Verteidiger wies auch auf mehrere Entscheidungen
des Kammergerichts und auf eine Ministerialverordnung hin,
welche schon dasselbe ausgesprochen hätten. Der Staatsanwalt
beantragte zwar, die Berufung zu verwerfen, doch schloß sich das
Gericht den Ausführungen des Verteidigers an und sprach die
Angeklagten frei.

Ein kleines Dampfboot auf der Oberspree gelangte
gestern zur Erörterung vor der II. Strafkammer des Landgerichts I.
Am 30. Mai d. J. hatte der Verein der Badfahrer einen Ausflug
nach Friedrichshagen gemacht. Der Dampfer „Prinz Joachim“ von
der Gesellschaft „Anker“, der von dem Schiffsführer Wilm Weder
geführt wurde, legte auf der Rückfahrt bei der Landungsstelle an
der Weisenbucke an. Hier stiegen eine Menge Personen aus. Das
Schiff lag etwa anderthalb Meter höher als der Landungssteig, so
daß eine aus vier Stufen bestehende Treppe vom Schiffe
aus auf das Bollwerk gelegt wurde. Der Schiff-
führer und der Steuermann stellten sich zu beiden Seiten
der geländerlosen Treppe auf, um den Fahrgästen, welche sich in mehr
oder weniger gehobener Stimmung befanden, beim Aussteigen be-
helflich zu sein. Etwa 40 Personen hatten das Schiff bereits ver-
lassen, als ein zweiter Dampfer sich langsam näherte, der ebenfalls
an derselben Stelle anlegen wollte. Der Dampfer „Prinz Joachim“
hatte sich, weil viele Fahrgäste der Treppe zuströmten, nach dieser Seite
etwas geneigt. Durch die Wellenbewegung, welche durch den zweiten
Dampfer hervorgerufen wurde, geriet der Prinz Joachim auch in eine
etwas schaukelnde Bewegung, der Abstand zwischen Schiffswand und
Bollwerk vergrößerte sich und das Ende der Treppe, welches auf der
Schiffslinie ruhte, rutschte ab. Da die Treppe an dem anderen
Ende mit einem Rammwerk besetzt war, so konnte sie sich nicht
tiefer senken, doch sie noch eine wagerechte Lage behielt; eine junge
Dame, die gerade die Treppe betreten hatte, verlor aber das Gleich-
gewicht und stürzte durch den Rammwerk, der sich zwischen Treppe
und Schiffswand gebildet hatte, ins Wasser. Der Schiff-
führer und der Steuermann sprangen sofort nach und holten
die Dame wieder heraus. Sie ist mit dem Schreck und durchnässten
Kleidern davongekommen. Der Schiffsführer Weder wurde für den
Unfall verantwortlich gemacht. Er erklärte, daß er die Dampf-
gesellschaft auf das mangelhafte bei der Anlagestelle a u j m e r s a
gemacht, aber darauf hingewiesen worden sei, daß die Behörde die
Anlage abgenommen habe. Erst nach dem Unfall sei eine
Kendecung vorgenommen worden. Der Gerichtshof war mit
dem Staatsanwalt der Ansicht, daß dem Angeklagten ein Vorwurf
nicht zu machen sei und sprach ihn kostenlos frei.

Lehrer und Kreis-Schulinspektor. Der Lehrer Hilliges, der
vom 1. Oktober 1898 bis zum 1. Oktober 1899 in Neu-Weihenau
amirte, hatte vor seiner Anstellung daselbst auf Befragen des Gemeinde-
und Schulvorstandes erklärt, daß er sich nicht anderweitig um An-
stellung betheiligen habe. Tatsächlich hatte er sich aber in Berlin
gemeldet. Als der Gemeindevorstand dies erfuhr, beschwerte er sich
über H. bei der Regierung in Potsdam. Besühnungsgemäß ging
die Beschwerde durch die Hände des Kreis-Schulinspektors, des
Schulraths Wandke, der erst sein Gutachten dazu abgab.
Hatte Wandke dem Lehrer in Gegenwart des Leiters
Steller in Schulhaus zu Neu-Weihenau und nahm ein Protokoll
auf. Wegen der Verlesung des Schriftstills kam es zu einem Streit
zwischen dem Lehrer und Schulrath, in dessen Verlauf der letztere
legte: „Sie sind zu allem fähig, ich glaube nicht, was Sie sagen,
was Sie mir erzählen.“ Hilliges fühlte sich hierdurch beleidigt und
strenge gegen den Schulrath Wandke die Privat-Belästigung-
klage an. Das Schöffengericht verurtheilte dem auch den
Kreis-Schulinspektor zu einer Geldstrafe von drei Mark.
Es sah eine Belästigung des Lehrers in den Worten:
„Sie sind zu allem fähig.“ Nachdem der Angeklagte Berufung ein-
gelegt hatte, erhob die Regierung zu seinen Gunsten den Protest.
Sie machte geltend, er habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten
und könne darum nicht bestraft werden. Das Ober-Verwaltungs-
gericht erklärte den Protest für begründet. Das Verfahren
gegen den Schulrath Wandke ist danach unzulässig einzustellen, wo-
mit das ihm ungünstige Urtheil des Schöffengerichts zugleich aus
der Welt geschafft ist. Es sei nicht anzunehmen, daß der Kreis-Schul-
inspektor habe sagen wollen, ertraue dem Lehrer auch sonstigen unzulässige
Handlungen zu. Legt man aber den Worten des Angeklagten den
vom Gericht angenommenen Sinn bei, dann könne nicht gesagt
werden, er sei über das zulässige Maß hinausgegangen. Der Ein-
wand des Privatklägers, in bezug auf den Prozeß man erst von der
Bewerbung um eine Stelle, wenn schon die Vornotierung erfolgt
wäre, sei hinwiegend.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Briefe (zwei Nachnamen oder eine Robt)
anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Anträge
werden nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag
und Freitag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

H. K. 1. Wird an anderer Stelle beantwortet. 2. Sie müssen einen
Kurz am Rath fragen.

H. M. 1. Die sozialdemokratische Proktion ähnelt für das „Kommun-
wenn Du!“

H. 2. 594. Ja: 50 Pf. — Unwissender. Die Frau hält nicht für
die Schulden des Mannes. — H. K. 57. Es ist nach der Ansicht des
Rechts-Vermittlungsamts in Jüterbog zu stehen. — H. K. 100. Sie
sind um Erbschaft verurtheilt. — H. 67. Es muß volle Zahlung eintreten.

H. 69. 30. Ja. — H. K. 2. Lassen Sie sich von der Polizei-
behörde ihres jetzigen Aufenthaltsortes eine Invaliditätsbescheinigung ausstellen
und verlangen Sie noch Ablauf der Verjährungsfrist der Karte von dem
früheren Kreisrichter. — H. V. 1. Gassen. Die Verbindung ist in
Ordnung. — H. D. 156. 21 Jahre. — Schöne Klavier.

Rein. — H. 68. 1. Ja. 2. Kom herausgegangener Frage: ja.

— Kinder. Sie wählten sich an den Armenwächter wachen. — Kauf-
mann. Solche Bescheinigung hat das Landgericht nicht. Die Rechtsanwalts-
schaft hat ungefähr dieselben Funktionen beim Reichsgericht wie die Staats-
anwaltschaft beim Landgericht. — Gewerkschaft. Erheben Sie Einspruch.

Sie sind nicht strafbar. — Richter Gieseburg. Der Delinquent ist weder
strafbar, noch hat er für die Kosten zu zahlen. — Wilm Goldt. 1. 6 Wochen
zum Quartalsstrafe. 2-4 Ja. — H. 1. Der Kläger hat das
Recht. 2. Eine Widerklage wäre erfolglos. 2. Das wäre eine Belästigung.

Witterungsüberblick vom 25. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0-10 m	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0-10 m
Schwabmünde	700	SO	5	5	10	1	764	R	2	10	-3
Hannover	754	O	4	10	10	2	764	R	2	10	-3
Berlin	756	SO	4	10	10	3	758	R	2	10	13
Wiesbaden	749	O	1	10	10	4	754	SO	2	10	8
München	750	SO	1	10	10	5	744	SO	2	10	11
Wien	755	SO	1	10	10	6					

Weiter-Prognose für Sonntag, den 16. Oktober 1898.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, nachher zunehmend wolkig mit geringen
Niederschlägen und ziemlich frischen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Am 13. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, entlichst sanft nach langem, schweren Leiden an Magenkrebs meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Paula Hertram**, geb. Bernhard, im Alter von 67 Jahren.
Dies zeigt tiefbetäubt an 15826
Rud. Hertram, Kassirer der Orts-Krankenkasse der Buchbrüder, nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 16. Oktober, nach 2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes 71 Nordstr., Hermannstraße, aus statt.
Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Freund und Kollege, der Pianoforte-Arbeiter **August Hencke**

am 14. Oktober verstorben ist. Die Beerdigung findet Montag, 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes zu Friedrichsfelde aus statt.
Die Kollegen der Pianoforte-Fabrik von Nieber & Co. 6298 L.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider
(Hilfskassen Berlin).
Unser Mitglied **Josef Schmollack** ist am 11. d. M. verstorben.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof in Rudow bei Altesdorf statt.
166/13 Die Erbsverwalter.

Genossen, Freunden und Bekannten empfehle mein neu eingerichtetes **Wett- u. Bayerischer Lokal** nicht Regelmäßig, Vereinszimmer u. Bill. **Adolf Ebeling**, Grüner Weg 120.

Ein Vereinszimmer für etliche Tage zu vergeben.
15976 **Elisabeth-Ufer 52.**

Vereinszimmer u. **Reichenbergerstr. 10.**
Die Vereinszimmer mit Kamin, 20 bis 50 Pl., auch zur Zählstelle pass. **Grubert, Kaiser Franz Grenadierstr. 7.**

Achtung! Achtung!
Heute Sonntag: **Frische Blut-u. Leberwurst** empfiehlt **Herrm. Bolze**, Auguststr. 51.

Flagen, Eingaben, Unfallsachen etc. **H. O. Holtzsch**, W. Steinwegstr. 22.

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. **Str. 4-1, 4-8** **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8. **Friedrichstraße 114, 1.**

Rechtsbureau Thoenstraße 17. **H. Plessner.**

Kindergarten - Bazar **Max Brinner**, Jerusalemstr. 42. **Brannenstr. 6.** Großartige Auswahl an Kinder-, Sport-, Puppenwaag, best. Fabrikat, billigst. **Eintrittsgeld gratis** und franco. **Teilnahme gefordert.**

Im Verlage der **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.** in Hamburg ist soeben erschienen und von derselben zu beziehen:
Der

Neue Welt-Kalender für 1899.
Dreihundertjähriger Jahrgang. Reich illustriert.
Preis 40 Pfennige.

Bei Einzelbezug erbiten wir Einlieferung des Betrages in deutschen Briefmarken nebst 10 Pf. für Porto.
Inhalt:

Kalendarium - **Politisches** - **Allerlei Statist.** - **Nachrichtl.** - **Wissen und Märkte**. - **Im Kreislauf des Jahres**. - **Forster Ruhland**. **Bon Willh. v. Polenz** (mit Illustrationen). - **Huno 1849**. **Aus der Schweizer Frühlingszeit**. **Von W. Lieblich**. - **Alte und neue Telegraphie**. **Von Dr. B. Vorkamp** (mit Illustrationen). - **Biegenlieh**. **Gedicht von Ludwig Velsen**. - **Seine Waise**. **Von Franz Rohler** (mit Illustrationen). - **Proletariats Tod**. **Gedicht von Ludwig Velsen**. - **Karl Grillenberger**. **Von I. A.** (mit Porträt). - **Ein Wunderwert der Technik**. **Die Eisenbahnbrücke bei Mählingen**. **Von A. G.** (mit Illustr.). - **Freund und Lehrender als Sprachbedürfnis**. **Von U. Schönhoff**. - **Jetzt kommt er!** **Von Börge Jansen**. - **Eleanor Marx**. **Von W. Lieblich** (mit Porträt). - **Aloubyle und die Goldfischer**. **Von Max Schippel** (mit Illustration). - **Die schlimmste Geschichte**. **Von Börge Jansen**. - **Nichtiges und Falsches in der Naturbeobachtung**. **Von Dr. G. Schneider**. - **Der Kampf der englischen Maschinenbauer**. **Von Hugo Voegelin**. - **Wahrheit**. **Von Börge Jansen**. - **Schlagende Wetter**. **Gedicht vom Schelun von Bremen**. - **Fliegende Blätter**. - **Für unsere Rüstfeldler**. - **Ausflügen der Rüstfeldler**. - **Trübsal und Bräutertage**. **Hierzu vier Kupfer:** **Nach der Arbeit**. **Heimatlos**. **Wirtshaus an der Landstraße**. - **Ein guter Tropfen**. **ein lustig Lied**. - **Ein farbige Bild**: **Geneung**. - **Ein Wandkalender**.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts** Berlin S.W., Reuthstraße 2.

Homöopathische Kuren bei Krankheiten des höchsten Nerven- u. Sexualsystems, besonders in veralteten Fällen. **Blühende Erfolge** selbst da, wo die gewöhnlichen Arzneimittel unwirksam oder schädlich sich erweisen. - **Während im Probest, der auf Bestehen sich bewährt.**
Homöopathische Ordinations-Anstalt **WIEN, Glacelstr. 6.**

Zähne v. Mt. 2 an eventuell **Frau Olga Jacobson** **Invalidenstr. 145.**

Die Nothab-Gandlung von August Heyne, Strahe 35. empfiehlt alle Sorten Nothab in größter Auswahl an-gros u. on-détail zu billigen Preisen.

Billig! Knabenanzüge! Billig! Paletots, Mädchenkleider u. Röckel. **O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.**

M. Krüger's Speise-Leinöl frisch und garantiert rein nur aus solchen Flaschen überall käuflich. **Engros-Lager SO., Skalitzerstr. 105.**

Für 3 Mark Reste sehr groß zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 M. Für 12 M. f. Cencolot und auch Raumgarne, Paletots und Dofenreste, so lange der Vorrath reicht **im Riesenstofflager 14. Kranzenstr. 14, 1 Tr., Klein Laden. 6294 L.**

Haariren 5 Pf. **H. Freimüller, Dresdenerstr. 3, am Koitsbufer Thor.**

H. Garzer Kanarien-Roller mit prachtvollen Touren, Nichts und Ausflüger, 2 St. 8 10 u. 12 M., 3 St. 15, 25 u. 30 M. mit Porto u. Verpackung; gebe dieselben 14 Tage auf Probe, jedoch nur gegen Nach- oder Beizug vorher einfinden. **Kurz mit Retourkarte an 61332***

L. G. Müller, Vogelzüchter in Nordhausen a. Harz.

Horitzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts **Spezialarzt f. Haut u. Haarleiden.** 10-2, 5-7. **Sonntags 10-12, 2-4.**

Dr. Simmel, **Spezialarzt f. Haut u. Haarleiden.** 10-2, 5-7. **Sonntags 10-12, 2-4.**

Spezialärztl. Institut Dr. B. Lasker 42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz). **Spec. operatonsloses Heil-Verfahren ohne Verunstaltung für** **Beinleiden.** **Exproble Methoden bei Nichten, Lupus und anderen** **Hautleiden.** **Tägl. 9-12, 3-6, Freitag und Sonntag 9-12.** **Kindergartenstr. 101.**

Wer - Stoff - hat fertige Anzug 1. Rang 20 M., feinste Qualitäten, Garantie guter Sitz; fertige Anzug 2. Rang 18 M., haltbare Futterfäden, mit gearbeitet, zwei Anproben; fertige Anzug 3. Rang 15 M., engl. Zuschnitt, Hohe 3,50, haltbare Taschen; fertige Paletot 18 M., edelst. Sammettragen, woll. Futter, engl. Façon; verkaufe spottbillig Fabrikreste. **Leistungsfähiger wie jeder Fabrikant.**

Stoff zum Paletot, Edelfino in allen Farben erst u. reine Wolle v. 12 M. an, welche Winterhofen-Reste grau, praktisch, von 8 M. an Anzugreste Garantie für gutes Tragen von 10 M. an.

Schneiderei Engel Münzstr. 26, part.

Möbel Kleiderstippen, einisch, v. 20 M. an, fountirt v. 20, Wälschepinden v. 30, Schlafsofa v. 30, Wohnzimmertisch v. 25, Pannelfofas v. 60, Bildgarnituren i. all. Farb. v. 100, Bettstellen m. Federboden v. 30, Kuchentischen mit Decke v. 33, Marmor-tischnen v. 25, Kommoden, Ausziehtische v. 16, Sophasische, Rückenstippen v. 15, Kuchentische v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbilligst. - **Vollständige Einrichtungen, besonders preiswerth, transportfrei.** - 60312*

Möbel auf Teilzahlung unter Garantie, unter solidesten Bedingungen. **Schier, Möbelabrik, Neanderstrasse 13.**

Bettfedern-Spezialgeschäft **C. M. Schmidt, 60320 L.** Berlin, Andreadstr. 59, vorn 1 Tr. **Größte Auswahl gerillener Gänsefedern und Daunen** Pfd. 1, 2 bis 6 M. **Fertige Betten** 9, 15 u. 18 M. **Bettfedern Pfd.** 35, 50 u. 70 Pf.

Buchenholz u. Eichen-Abfallholz ist als Heizheizung besser wie Kohlen. In den billigsten Preisen liefert **W. Jonetz, Barwalderstr. 64.**

Steppdecken, Gaitun 2, Wollstoff 3,50, Seid. 10,50 an. **Laüer**, Cocos 0,75; Jutegarn 0,25. **Portieren, Gardinen** 1. an. **Teppiche** spottbillig **F. Stoehr**, Königsgraben, a. Münzstr. und Alte Schönhausstr. 32.

!! Winterpaletots !! **Hosen, Anzüge, vorjährige u. Nachbestellte, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte des Kostenpreises.** **Hobenzollern-Mäntel, Joppen mit Mufftaschen**, praktisch. **Schneiderei Engel, Münzstr. 26, partierre.**

Georg Borstorf Nachf. **Prinzen-Strasse No. 53** empfiehlt seine Spezialitäten: **Echt. Nordhäuser** 0,55-2,50 **Schles. Korn** 0,60-1,50 **Rum** 1,10-5,00

Asthma. Die Heilkraft des Pohl's Brombeerwein ist erprobt bei **Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Keuchhusten, Verschleimung, Influenza, Erleichterung u. Schlaflosigkeit.** Preis per Fl. 1 M. **Fabrikant Drog. Pohl, Brunnenstr. 157.** 5621 L.*

Kohlengeschäft, 17 Jahre bestehend, u. od. ohne Fuhrwert veräußert. **Waldenstr. 70.**

Gangb. Kohlen, verb. m. Kartoffeln u. Perings-Geschäft, Familienverhältn. wegen zu verkaufen. **Wass. Stalitzerstr. 25 (Trüdelgasse).** 15846

Blau Körper-Anzüge und Mechaniker-Kittel bequeme gesch. **C. Fleck & Co., Spezialfabrik, Köpferstr. 111, Hof part.**

Angen, Schlafst. Petristr. 8/9, 3 Tr. r. Schlafst. 3 verm. Drantenstr. 45, Seitenstr. 3 Tr. l. b. Jannow. 15666

Ein febl. möbl. einisch. Zimmer zu verm. **Schönebergstr. 16, 2 Tr. r.**

KL. einisch. möbl. Zimmer, sep. 9 M., KL. **Marxstr. 27, v. 2 Tr. b. Schulze**

Febl. Schlafst. f. 1 P., sep., Grümmstr. 34, 4 Tr. r. 15765

Febl. Schlafst. v. v. d. Wwe. Köhler, Beschäftigung Wochent. v. 1/7, Sonnt. b. g. Tag. **Waldemarstr. 21, 4 Tr.**

Wöbl. f. sep. G. 8 M., sof. od. 3. 1. Nov. a. zwei. P. 3 verm. **Wöbl. Reichbergerstr. 50, v. 2 Tr. l. 15720**

Wöbl. Schlafst. f. d. v. 3. sof. **Wied. Leipzigstr. 21, 3 Tr. r. Fr. Schied.**

Schillingstr. 33a III. möbl. Schlafst. sep. **Schiffstr. f. J. M. Wrangeistr. 5, v. 4 Tr. Reumer. 15689**

Wöbl. Schlafst. f. 2 P. v. **Boedstr. 6, v. 4 Tr. Deyben. 15695**

Febl. Schlafst. f. 2 P. v. **Höfstr. 7 III. Gendrecht, „Vorwärts“ steht zur Verfügung. 15730**

Febl. Schlafst. v. verm. **Kottbuser Damm 5, l. Str. IV. Solgt. 16946**

Wöbl. Schlafst. 2 senst. **Bordeshagen. Petroy, Bräuerstr. 6 IV.**

Schlafst. f. G. **Grüner Weg 13 D. III. I.**

Schlafst. freundl. f. G. **Raunynstr. 50 III. a. Oranienpl. Dammberg.**

Febl. Schlafst. f. d. v. **Wald. Kirchhofstr. 16, Hof part. b. Kappke. 15946**

Schliff. **Reichenbergerstr. 155, Duerq. 2 Treppen l. 15946**

Sand. Schlafst. **Alexanderstr. 24, Seitenstr. 2 Tr. b. Leopold. 15930**

Freundl. Schlafst. f. d. v. **Wittne Krausestr. 49 b. 3 Tr.**

Schliff. f. 2 P. **Stalitzerstr. 125 4 Tr.**

Febl. möbl. **Zenstr. 3. ist sof. an auf 1. M. 3 v. v. St. **Blankenburger, Behndenerstr. 3. 16075****

Schlafst. f. 1. **St. f. 1 P. bill. 3 verm. b. Schulz, **Schlesierstr. 6, Duerq. 1 Tr. 15870****

Schlafst. v. verm. **Deute, **Rantzenstr. 12 v. 4 Tr. 15880****

Einisch. möbl. f. sep. **ist an 1 a. 2 P. bill. 3 verm. **Drantenstr. 21 v. 3 Tr. del. **Ran. 15850******

Wöbl. Schlafst. **Charlottenstr. 80, II. Duerq. 2 Tr. 16015**

Deute **Zenstr. **Stube f. einz. **Deute. **Bälowsstr. 16, 3. Aufg. v. b. **Reinert.**********

Rover, neu u. wenig gebraucht von 50 M. an. **Karras, Langestr. 93.** 15926

Arbeitsmarkt. **Achtung, Holzarbeiter!** Bei der Firma **Fork, Kretschmar u. Co. Barnimstr. 13.** (Magazin Jannowstr.) haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Ebenfalls bei der Firma

Robert Keller, Königsbergerstrasse 4. Zuzug fernhalten! 108 Die Erbsverwalter.

Möbelpolierer! Bei **Glogowski & Comp.** Chausseestraße 20, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. **147/9**

Zuzug ist fernzuhalten! Der Vorstand des Verbandes.

Büttler für Roharbeit und zum Polieren gesucht. **35/8**

Feodor Zörn, Bärnstr. 5.

4 Tischler engl. Möbel vert. **Rudorf, Derrmannstr. 229.** 15-3

Hand-Knopfmaschinen werden gegen hohe Löhne in und außer dem Hause verfertigt von **14506***

Wolff u. Bachmann, Wälschestr. 192.

„Hülfe“ (104/10) Krankenkasse für Deutschland, **judit in Berlin und außerhalb** feilhige **Vertreter** gegen gute Bezüge. **Preisungen Subdirektion, Hallestr. 9, l.**

Plätterinnen auf **Kragen, Manschetten, Servietten** und **Oberhemden** finden dauernde Beschäftig. b. hoch. **Wöbl. **Wälschestr. 192.****

100 Manjells auf leichte **Jaquets**, 1,25 bis 1,50 M. **Gottlieb, Feing. Eugenstr. 26.**

Barol-Bergolberia verlanat **Barnimstr. 2.** 16008

Schmiedelehring u. **Wöbl. **Reichenbergerstr. 49.****

Gravur-Lehring verlanat **Dresdenerstr. 30.** 15995

Marmorfleiser vert. **Prüss, Gr. **Frankfurterstr. 125.****

Bureau-Arbeiter zur **Kündigung** auf 3-4 Monate **gelucht.** **Schriftl. Off.** an die **Orts-Krankenkasse** der **Mechaniker, Köpferstr. 65-67,** zu richten. **Kassennitglieder** bevorzugt.

Gärtler u. **Monteur auf **Kronen** vert. **sof. **Kampffabrik **Wittnestr. 39.********

Tüchtige **Wälschestr. 171, **Vaben. 10066****

Zuschneider auf **Kragen, **Blousen** und **Jacken** sucht **Kraft & **Jacobi, **Münzstr. 4.********

Jacques Raphaëli, Berlin C., An der Spandauer Brücke No. 2.

Inh. Th. Büsing, Fabrik-, Versand- und Kaufhaus.

Herren-Jaquet- u. Rock-Anzüge 29,-, 26,-, 22,-, 18,-, 14,- Mk. **11,-**
ein- u. zweireihig in guten Qualitäten und Verarbeitung

Herren-Winter-Paletots Mk. 33,-, 29,-, 25,-, 21,-, 18,-, 15,- Mk. **12,-**
Eskimo, in modernen Farben, eleg. Façon

Herren-Beinkleider Mk. 13,-, 11,-, 8,50, 5,80 Mk. **2,80**
in guten haltbaren Stoffen

Hobenzollern-Mäntel 42,-, 33,-, 29,-, 15,-
mit weiter Pelering

Lodenjoppen Mk. 16,-, 12,50, 9,75, 7,50, Mk. **5,25**
mit und ohne Gurt

Knaben- u. Burschen-Anzüge 11,50, 9,50, 7,25, 5,25, 3,50, Mk. **2,-**
in denkbar grösster Auswahl

Maassbestelluug unter Garantie tadellosten Sitzes. **Herren-Anzug** von Mk. 29,- an. **Winter-Paletots** von Mk. 28,- an.

Herren-Rossled.-Zugstiefel Mk. 6,25, 5,50, 5,-, **4,50**

Herren-Spieg.-Rossled.-Zugstiefel 8,75, 7,90 **6,75**
gewalkt, ohne Naht,

Herren-Goodyear-Welt- **Zugstiefel, ein Preis** **11,75**
Schnürstiefel, od. Besatz, **Kalbleder**

Damen-Kalblack-Tanzschuhe, kein Wachs od. Ledertuch **3,-**

Damen-Rossleder- **Knopf- oder Schnürstiefel** 7,25, 6,75, **5,50**

Damen-Goodyear-Welt- **Knopf- oder Schnürstiefel** 11,50 **10,75**

Rossled.-Knopf- od. Schnürstiefel für Knaben u. Mädchen 4,-, 3,50 **2,90** | **Gummischeuhe** für Damen 2,90, 2,25, 1,90, 1,60 für Herren 4,90, 4,25, 3,90, **3,25**

Grösstes Lager, Reichste Auswahl in Cigarren, Cigaretten, Manufacturwaaren. Man verlange mein ausführliches Preisbuch gratis und franco.

Bar-Verkauf zu streng festen, sehr billigen, in Zahlen gezeichneten Preisen.

BAER & SOHN

Lieferanten an Garderobengeschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften.

MODERNE MAASS = ANFERTIGUNG u.
Fabrikation von Herren & Knaben-Bekleidung.

24a Chausseestrasse 24a,
zwischen Invalidenstr. und Friedrich Wilhelmstadt Theater.

11 Brückenstrasse 11,
am Bahnhof Jannowitzbrücke, Ecke Rugestrasse.

16 Gr. Frankfurterstr. 16,
zwischen Bürger-Hospital u. Fruchtstr.



Knaben-Mäntel,
prächtige Auswahl,
von 4 Mk. an.

Jünglings-Mäntel,
prächtige Auswahl,
von 8 Mk. an.

Winter-Paletots 21.- 18.- 16.50 15.- 12.- 10.- 8 Mk. 50	Eskimo-Paletots 45.- 40.- 36.- 30.- 25.- 21.- 18 Mk.	Hohenzollern-Mäntel 65.- 55.- 45.- 40.- 36.- 30.- 21 Mk.	Schwarze Anzüge 55.- 45.- 35.- 25.- 20.- 18.- 12 Mk.	Gehrock-Anzüge 60.- 50.- 45.- 42.- 39.- 36.- 33 Mk.	Winter-Joppen 21.- 18.- 15.- 12.- 9.- 8.- 6 Mk.	Winter-Hosen 12.- 10.- 8.- 6.- 5.- 4.- 3 Mk. 50	Schwarze Kosen 15.- 12.- 9.- 8.- 6.- 5.- 3 Mk. 50	Schlafrocke 30.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 8 Mk. 50
--	---	---	---	--	--	--	--	---

Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neu-Anfertigung ohne Preisanschlag gewährt.

Winter-Paletots nach Maass
75.- 65.- 55.- 45.- 36.- 30 Mk.

Das 12te Preis-Buch mit 89 Abbildungen ist erschienen u. wird auf Wunsch kostenlos u. frei zugesandt. Jeder verlange es!

Schwarze Anzüge nach Maass
65.- 55.- 45.- 36.- 30.- 28 Mk.

Uhren — Gold-, Silber- und Silberwaaren

verkauft nur gute Fabrikate zu den bekanntesten billigen Preisen

H. Gottschalk, Admiralstr. 37,

nahe dem Rotzbuser Thor.

Grösstes Lager Deutschlands von **Spiel-Waaren**
(14 Schaufenster. Verkaufsräume: 50 Fenster Front meines Hauses.)
Spezialitäten: Steinbaukasten, Zinnsoldaten, Puppen, Gesellschaftsspiele.
Bernhard Keilich
Grosse Hamburgerstrasse 22-23.
Eckhaus der Oranienburgerstrasse. Beim Monbijouplatz u. Hacke'schen Markt. Bahnhof Dürse. 6240L*

Gegen Erkältung, Nist und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heissdampf- und Dampfkastenbäder mit Verpackung, Massage. (61103)
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
Bäderlieferung für sämtliche Krankenhäuser Berlin und Umgegend.

Ehe Trauringe
Kaufen, beachten Sie unsere armägen billigsten Preise!
Welche Beliebtheit die von uns gefertigten Trauringe haben, beweist wohl am besten, dass die Fabrik im Jahre 1896 22 000 Stück im Jahre 1897 24 000 Stück angefertigt hat.
E. Wolf & Stillner,
Goldwaren- und Uhren-Industrie, Hofparierre kein Laden.
Grösstes Lager in Juwelen, Gold und Uhren.

Vorstienland - Cigarren,
unfein, Spezialmarke, eine überaus preiswerthe, reelle Waare in billiger Preislage. 1000 Stück = 52 M. 25 Pf.; Originalliste à 250 Stück gleich 13 M. 10 Pf. netto Cassa. — Ich empfehle diese mittelkräftige, mehr milde, dabei pikante Qualität allen Rauchern eines guten und edlen Tabaks. Auswärtiger Versand gegen Rechnung, ab 500 Stück portofrei. Für streng reelle Bedienung jede Garantie. — Preisliste über Cigarren 2c. post- und kostenfrei. 6285L*
Cigarren-Import u. Versand. Begründet 1872.
J. Wilh. Borchert, Berlin NW., Karlstrasse 46.

Cacao van Louten
Früh, Mittag u. Abend, zu jeder Tageszeit bildet er ein köstliches Getränk.

Mandarinen-Daunen
Beste 2 M. 50 Pf.
von wunderbarer Qualität, nur so billig infolge des großen Umfanges in meinen vier Geschäften.
Bettfedern, Daunen und fertige Betten
verkauft und versendet ebenfalls am billigsten
das **Spezialgeschäft** von **L. Beutler, Berlin.**
Hauptgesch.: Ritterstr. 28, Ecke Jankowdenstr. 2. Geschäft: Mariannenstr. 10. 3. Geschäft: Kurfürstentrasse 25. 4. Geschäft: Reichenborferstr. 61c. Tel.: Amt 3 5301.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.
Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Tischdecken!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Arkonabad. Loh-Tannin-Bäder
34, Anflamerstr. 34 (Strägüßer der Dionskirchstrasse)
Dannen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römisch und vorzügliche Kastenbäder mit Einpackung, Massage u. f. w. Annahme ärztlicher Verordnungen für Bäder der Ost-, Innungs-, Fabriks- und freien Hilfs-Krankenhäuser Berlin und Umgegend. 61624*

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 61822*

Rohtabak! Emil Berstorff
Brunnenstr. 182 — Köpenickerstr. 9 und Hallescherstr. 129.
Rohtabak en gros (62882*) en detail
M. Herholz
188 Brunnenstrasse 188
Rohtabak
Grösste Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Bestmögliche Qualität! Zämnstliche
Fabrikations-Mitteln.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preis-Zettelchen. 61120*
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.
Roh-Tabak.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise
P. E. Platt & Söhne,
Brunnenstr. 16 rechts, Im Hause: Nonck's Festsaal.

Enorme Vorräthe **zurückgekehrter Teppiche!! Portièren!! Gardinen!! Steppdecken!!**
erpaunlich billig.
Teppich-Haus
Emil Lesèvre, Berlin S. Dranienstr. 158.
Prachtkatalog
mit kunstvollen Teppich-Illustrationen, sowie circa 300 Gardinen- und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franco! 61029*
Grösstes Teppichhaus Berlin.